Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **7 (1978)**

Heft 3

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

A.Z. 8006 Zürich Weinbergstr. 31

7. Jahrgang Nr. 3
15. März 1978
Kiosk Fr. 1.50

das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höhern Schulen der Deutschschweiz:
Auflage 32 000*

* reduzierte Auflage im März und September: 22 000

Redaktion:
Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef
Beat Schweingruber, Liselotte Suter

Adresse: Weinbergstrasse 31,
CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept»,
Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆
(01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651

Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.– (Ausl. 20.–),
PC-Konto 80-37626

Aus dem Inhalt:

Was machen die AKW-Gegner 1978?
Ein Bericht von Daniel Wiener *Seite 3*

Das leidige Spiel der Säfte
Sexualkunde Solothurner Art *Seite 3*

Zum Tag der Frauen
Die Forderungen der Frauen-Demonstration in Freiburg *Seite 4*

Die Bundesrepublik auf demokratischem Prüfstand
Vorschau auf das 3. internationale Russell-Tribunal *Seite 5*

Skandale aus dem Wallis *Seite 5*

Das Land des Generals
Eine Geschichte aus Afrika *Seite 7*

Ideeller Profit
Über die Problematik der Entwicklungsarbeit *Seite 8*

Den Geldhahn zudrehen
Berner und Zürcher Studenten am Gängelband *Seite 9*

Wir sind umgezogen!

Neue Adresse:
Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich
(200 Meter vom Central)

Telefon wie früher: 01/47 75 30

Wallraff hätte zu tun

Für einmal hat das Volk zur Finanzpolitik des Bundes seine Meinung sagen können, nicht nur ja oder nein zu einem gefällig präsentierten Finanz-Geschenkkorb. In einer Repräsentativumfrage hat das Finanzdepartement die Finanz- und Steuergesinnung des Schweizervolkes ergründen lassen, noch vor den grossen Finanzentscheiden vom Juni bzw. Dezember 77. Die Regierung will ihr Volk kennen.

Die zwei Abstimmungen gingen vorbei, einmal nein, einmal ja. Um die Finanzgesinnungsstudie ist es nie laut geworden. Die Schweizerinnen und Schweizer haben ihre Meinung zu deutlich gesagt. Ihr Sparwille bezüglich Militär vor allem war höhernorts nicht genehm. Die Studie verschwand in der Versenkung. Man liess Wissenschaft Wissenschaft sein (so schadet sie am wenigsten), die Zeit heilte die Politikerwunden, niemand streute Salz hinein. Und heute ist Bundesrat Chevallaz über die «alte Sache» längst erhaben: «Bei uns in der Schweiz sind die Abstimmungen die wahren Umfragen», meinte Chevallaz an der CH-Sendung vom 7. März obenhin.

Solche Souveräne-Bonmots fallen zu leicht. Zu wenig Widerspruch in der Öffentlichkeit. Zu wenig Öffentlichkeit von Anfang an. Wallraff hätte viel zu tun in der Schweiz. Könnte statt in die Wirtschaftsbetriebe mal in den Demokratiebetrieb reinsehen zum Beispiel. Wallraffs sind nötig, finden wir. *Liselotte Suter*

«das konzept»-Dokument: Wichtige Untersuchung über Sparwillen des Volks verschwiegen

Das Volk darf nicht wissen, was es will

Eine geheime Untersuchung der Sparwünsche der Schweizer wird seit über einem Jahr zurückgehalten. Der Grund: sie beweist, dass die Schweizer in der Mehrheit am Militärbudget sparen wollen. Das ist natürlich dem Bundesrat unangenehm, denn bei den Sparübungen wurde das Militärbudget immer mit Samthandschuhen angefasst. Dagegen fanden die Sozialabbauer in der Regierung gutes Gehör. Aber auch hier spricht die Studie deutlich: Das Volk will, dass der Bund mehr für Krankenversicherung ausgibt. Bedenklich ist, wie die Behörden auf das Bekanntwerden der Studie reagieren: Das Ganze sei eine alte Sache. Prof. Gruner, welcher die Untersuchung verfasst hat, ist anderer Meinung.

Von Ruedi Küng

Rechnungsdefizite plagen die Schweizer Regierung: 1,3 Milliarden Franken Defizit 1975, 1,5 Mrd. 1976, 1,4 Mrd. 1977. Der Bundesrat vertritt die Auffassung, der beste Weg aus dieser Misere sei eine Steuererhöhung in der Form einer Mehrwertsteuer, Sparen helfe nicht viel weiter. Dass der Bürger aber Steuererhöhungen nicht liebt, ist bekannt. Die Frage ist, wie man sie trotzdem durchbringt. Um der Stimmung im Volk in Finanzfragen auf den Zahn zu fühlen, liess Finanzminister Chevallaz rechtzeitig vor der Abstimmung über die Mehrwertsteuer (12. Juni 1977) eine Umfrage durchführen.

Brisante Resultate

Die Ergebnisse der Studie über Finanz- und Spargesinnung im Schweizervolk, welche in Eile unter der Leitung von Prof. Erich Gruner vom Berner Forschungszentrum für schweizerische Politik verfasst wurde, müssen den Bundesrat erschreckt haben; denn die Studie beweist wissenschaftlich: erstens dass das Volk mehrheitlich gegen eine Mehrwertsteuer ist, zweitens aber dass das Volk die Militärausgaben einschränken will.

Die Mehrwertsteuer wurde denn auch am 12. 6. 77 vom Volk abgelehnt, obwohl sie zusammen mit einer Steuerharmonisierung dem Volk «verkauft» worden war. Ein schwerer Brocken, so ein Nein, für eine Regierung, die aufs Volk hören sollte.

Die Devise hiess fürs erste wieder: Sparen. Aber wo? Antworten darauf aus dem Volk gab just die Studie. Und so hätte man erwarten können, dass der Bundesrat den Volkswillen in seinen Sparvorschlägen berücksichtigen würde. Es ist ja durchaus üblich, dass unsere Regierung und auch das Parlament sich auf wissenschaftliche Unterlagen stützen.

Studie unter Verschluss

Dem Volk wurde aber am 4. Dez. 1977 eine Sparvorlage zur Abstimmung unterbreitet, die weit weg von dem in der Studie zum Ausdruck gekommenen Willen der Bevölkerung lag. Eine Vorlage, die überall ein wenig abstrich und alle diese Kürzungen in *einem* Paket vereinigte. Die Stimmbürger hatten nicht die Möglichkeit, sich zu einzelnen Punkten zu äussern. (Sie nahmen die Vorlage an.)

Die Studie von Prof. Gruner und deren interessante Resultate waren dem Parlament und der Öffentlichkeit gar nicht bekannt, wurden mit Absicht unter Verschluss gehalten. Sie *durfte* nicht entdeckt werden, bis das Sparpaket und das reduzierte Budget 1978 unter Dach und Fach waren. Denn ihre Resultate sprechen eine deutliche Sprache. Vor allem eine Liste der Sparforderungen und der wünschbaren Ausgabensteigerungen. (Die Darstellung zeigt die – verschlüsselten – Resultate der Befragten, *nachdem* sie in Kenntnis über den Finanzhaushalt gesetzt worden waren!)

Die Studie deutlich: erstens dass das Volk mehrheitlich gegen eine Mehrwertsteuer ist, zweitens aber dass das Volk die Militärausgaben einschränken will.

Die Mehrwertsteuer wurde denn auch am 12. 6. 77 vom Volk abgelehnt, obwohl sie zusammen mit einer Steuerharmonisierung dem Volk «verkauft» worden war. Ein schwerer Brocken, so ein Nein, für eine Regierung, die aufs Volk hören sollte.

Die Devise hiess fürs erste wieder: Sparen. Aber wo? Antworten darauf aus dem Volk gab just die Studie. Und so hätte man erwarten können, dass der Bundesrat den Volkswillen in seinen Sparvorschlägen berücksichtigen würde. Es ist ja durchaus üblich, dass unsere Regierung und auch das Parlament sich auf wissenschaftliche Unterlagen stützen.

Die Studie von Prof. Gruner und deren interessante Resultate waren dem Parlament und der Öffentlichkeit gar nicht bekannt, wurden mit Absicht unter Verschluss gehalten. Sie *durfte* nicht entdeckt werden, bis das Sparpaket und das reduzierte Budget 1978 unter Dach und Fach waren. Denn ihre Resultate sprechen eine deutliche Sprache. Vor allem eine Liste der Sparforderungen und der wünschbaren Ausgabensteigerungen. (Die Darstellung zeigt die – verschlüsselten – Resultate der Befragten, *nachdem* sie in Kenntnis über den Finanzhaushalt gesetzt worden waren!)

Das Finanzdepartement hat auch die Beiträge an die Krankenkassen um 150 Mio. Fr. reduziert, obwohl diese Beiträge zuoberst auf der Wunschliste für Ausgabenvermehrung stehen. Ebenso wurden die Beiträge an die AHV vom Bundesrat um insgesamt 540 Mio. Fr. gekürzt.

Auch dem Wunsch, mehr für Forschung und Hochschulen auszugeben, gibt die Regierung nicht nach. Der Vergleich lässt erkennen, dass der vielbeschworene Souverän so souverän nicht ist, wenn er der Regierung einen Strich durch die Rechnung machen will.

Die Studie
Finanz- und Steuergesinnung
des
Schweizervolkes

Resultate einer repräsentativen
Meinungsumfrage
vom Herbst und Winter 1976

durchgeführt von der
Schweizerischen Gesellschaft für
prakt. Sozialforschung Zürich

vorbereitet mit Unterstützung von
Beamten des
Eidg. Finanzdepartementes

ausgewertet und verfasst vom
Forschungszentrum für
schweizerische Politik an der
Universität Bern

verantwortlich: Prof. Dr. Erich Gruner
Hanspeter Hertig, lic. rer. pol.

Gewünschte Veränderung der Ausgaben

«Sparen oder Ausgaben vergrössern?»

Landesverteidigung	–86	▲ **Einparungen vergrössern** (mit zunehmenden Minuswerten wird vermehrtes Sparen gefordert; es handelt sich um Gewichtspunkte, nicht um Prozentzahlen)
Nationalstrassen	–49	
Behörden/allg. Verwaltung	–48	
Diverses (Wohnbauförderung/ Luftfahrt)	–40	
Finanzausgaben (Kantonsanteile an Bundessteuern)	–27	
Landwirtschaft	–18	
Bahnen	–05	
Entwicklungshilfe	–01	
Hochschulen	+05	**Ausgaben vergrössern** (mit zunehmenden Plus-Werten wird eine Vermehrung der Ausgaben gefordert) ▼
AHV/IV	+25	
Forschung	+35	
Krankenversicherung	+39	

Angesichts der Tatsache, dass weder die Regierung noch das Parlament es wagen, das Militärbudget – und das heisst die Notwendigkeit eines aufgeblähten Verteidigungsapparates – ernsthaft in Frage zu stellen, erstaunt es nicht, dass niemand mehr etwas von dieser Studie wissen will. Denn in Sachen Militär sind die Resultate überdeutlich, obwohl selbst die Studie noch verschlüsselt ist; sie gibt keine Prozentzahlen für die Sparwünsche an. «das konzept» konnte sich diese jedoch beschaffen:

Es sind 29% der Befragten, welche beim Militär «viel weniger» ausgeben wollen, 31,8% «etwas weniger»: *zusammen also 60,8%, eine absolute Mehrheit.* (34,3% wollen «gleich viel», 3,6% «etwas mehr», 0,6% «viel mehr» für das Militär ausgeben.)

Schlechte Bilanz

Von den 60,8%, welche beim Militär sparen wollen, halten 22% die Armee für «grundsätzlich überflüssig», 36% davon schätzen die Militärausgaben als «unnötig und sinnlos» ein.

Diesen Resultaten einer wissenschaftlichen Arbeit – die 700 Befragten repräsentieren die politische und soziale Struktur der deutsch- und französichsprachigen Schweiz – steht die Tatsache gegenüber, dass das Schweizer Volk seit 1952 nie die Möglichkeit gehabt hat, über eine Militärfinanzvorlage abzustimmen.

Es steht diesen Resultaten auch die Tatsache gegenüber, dass das Budget für Landesverteidigung in den letzten Jahren als grösster Posten immer über 20% des Bundeshaushalts ausgemacht hat. Daran ändert auch das Sparprogramm nichts.

In ein schlechtes Licht fällt auch die Haltung des Bundesrates in der Frage der Nationalstrassen (NS), welche an zweiter Stelle auf der Sparwunschliste figurieren (42,2% wollen dafür weniger ausgeben). Der Bundesrat ist aber nicht bereit, das NS-Bauprogramm auch nur vom finanziellen Standpunkt her zu revidieren. Und es liegt folglich auch in seiner Linie, dass er die Initiative für Demokratie im NS-Bau zur Ablehnung empfohlen hat.

Kriegshetzer widerlegt

Die Studie ist voll von weiteren interessanten Resultaten und könnte – einmal an die Öffentlichkeit gelangt – einen kräftigen Druck auf die Finanzpolitik des Bundes erzeugen. Sie macht es aber vor allem jenen Kreisen in unserer Bevölkerung schwer, welche lauthals und in Kalter-Krieger-Manier eine forcierte Militärpolitik betreiben.

Etwa Schwarzenbach: *«An der Rüstung selbst, an der Waffe unserer Soldaten, darf nichts gespart werden.»* Oder «Trumpf-Buur»-Eibel (FDP, ZH): *«Am Militär abschneiden zu wollen ist schlechthin landesgefährlich.»* Das «Forum für Jugend und Armee» meint: *«Wer will denn heute mit Überzeugung in der Armee Dienst tun, die immer mehr zum Museum wird?»* Dagegen beweist die Studie, dass es *gerade die unteren Altersstufen* sind, welche sehr stark beim Militär sparen wollen.

Bundesrat Chevallaz meint zur Sache: *«Leider verteidigt sich unsere Freiheit nicht mit Worten, Verträgen und Konferenzen.»* Aber man kann die Frage auch umwenden: Wie verteidigt das Volk seine Freiheit, eine andere Meinung zu haben als die Militärlobby und die Regierung?

«Alter Hund» und «Probestück»

Da es die unangenehme Studie nun einmal gibt, muss man eine Haltung dazu finden. Schon immer bewährt haben sich Dementis. Allein wenn man den Auftraggeber erfahren will, erhält man widersprüchliche Antworten. Der Pressechef des Finanzdepartements, Scheidegger, welcher die Studie einen «alten Hund» nennt, behauptet, die Nationalbank sei Auftraggeber.

Prof. Gruner aber sagt, der Finanzminister habe die Studie in Auftrag gegeben, finanziert worden sei sie allerdings von der Nationalbank.

Die zweite Haltung: Man hält das Papier zurück. Ein Jahr lang schlummerte es in einer Schublade, bis endlich, Anfang dieses Jahres, ungefähr 40 Weise unseres Abendlandes das Dokument zur Kenntnis nehmen durften, allerdings mit dem Vermerk: «Bitte geheim halten», «Nicht zur Veröffentlichung bestimmt».

Schlechte Informationspolitik

Wo bleibt die vielzitierte Verbesserung der Informationspolitik, wenn unangenehme Informationen dem Bürger vorenthalten werden? Selbst nachdem die «Gewerkschaftskorrespondenz» und der «Blick» Mitte Februar ein wenig den Schleier über der Studie gelüftet haben, will niemand sie rausrücken.

Dritte Haltung: Man tut die Sache ab. Bundesrat Chevallaz nennt die Studie eine «alte, eine überholte Sache» (Schweizer TV, CH-Magazin vom 7. 3. 1977): «Ein Echantillon.»

Prof. Gruner ist da allerdings anderer Ansicht. *«Was die Aktualität betrifft, ist sie sicher noch gegeben, wenn auch unter veränderten Vorzeichen (Abstimmungen von 1977)»,* sagt er dem «konzept». Im übrigen hat aber auch Prof. Gruner Angst *«dass das Ganze nicht in seinen Widersprüchen durchleuchtet» werden* könnte. Und diese Widersprüche sieht Gruner vor allem darin, dass die Befragten keine oder nur eine schlechte Ahnung in Finanzfragen haben. Immer wieder weist er in der Studie darauf hin, dass die Leute starke Fehleinschätzungen in Finanz- und Steuerfragen geliefert hätten. Dass die Bürger schlecht informiert werden, weiss man: gilt denn die Demokratie nur für die Wissenden?

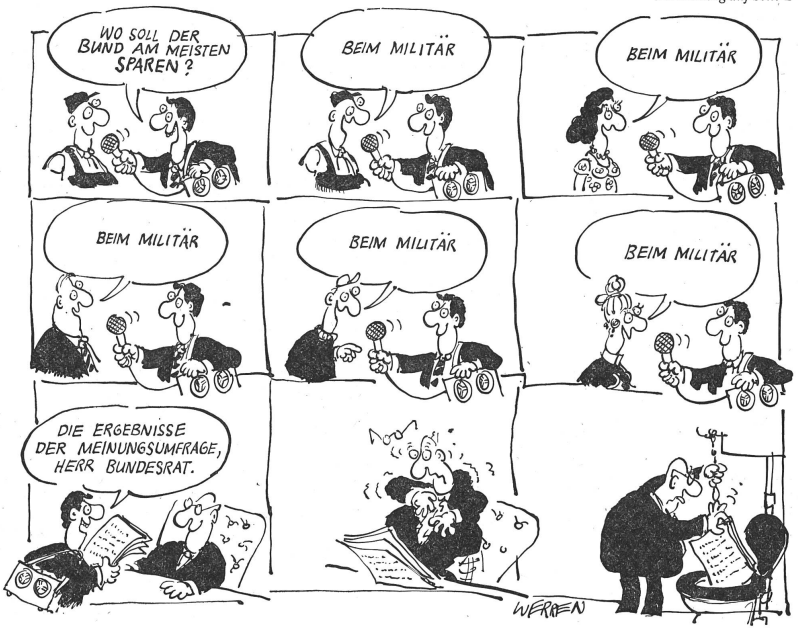
Wissenschaft im Dienste der Regierung

Oder fürchtet sich Prof. Gruner vor der Verbreitung der wissenschaftlichen Studie, weil er ganz vom Wunsch beseelt ist, dem Bundesrat Propagandahilfe für seine Finanzpolitik zu liefern? *«Man möchte doch wissen, welche Gruppen* (der Bevölkerung, die Red.) *man auf was für eine Weise ansprechen soll»,* schreibt er einleitend. Oder: *«Unsere*

Fortsetzung auf Seite 2

Schiebungen

Das angekündigte **Interview mit dem Zürcher Anwaltskollektiv** musste leider aus Platzgründen, die Stellungnahme von **Heinrich Buchbinder (SP)** zu Jean Zieglers Artikel über die **Sozialistische Internationale** aus Zeitgründen auf die April-Nummer verschoben werden.
Ebenfalls auf die nächste Nummer mussten vertröstet werden:
ein Artikel über den **Werbefeldzug der Kraftwerkbranche** und ein interessantes Gespräch mit dem **anarchistischen Wissenschaftstheoretiker Paul Feyerabend.**



++ redaktionelles ++ redak

«das konzept» versichert Sie

Nein, wir sind nicht in die Versicherungsbranche eingestiegen. Aber viele wissen, dass wir bisher von der Studentenschaft der Uni Zürich (SUZ) mitfinanziert worden sind. Und seit diese SUZ in Auflösung begriffen ist (vgl. den Artikel auf Seite 9, «Gilgen zwingt Studenten . . .»), sind viele unserer Leser verunsichert. Und ebendiese Verunsicherten können wir versichern. Unseres Fortbestehens nämlich. Wir, die heutigen «konzept»-Macher, haben den absolut festen Willen, unsere – und Ihre – Zeitung über alle Wirrnisse und Anfeindungen hinüberzuretten.

Mit unserer sechsjährigen Aufbauarbeit haben wir auch schon ein bisschen dafür gesorgt, dass dieser Wille nicht bloss Wille bleibt, sondern allmonatlich bedrucktes Papier wird – und das, was wir mit diesem Papier bezwecken: kritische Information, sorgfältige Aufklärung, Verbreitung guter alternativer Ideen. Und wir möchten das immer besser machen.

Aber wir können das nicht ganz allein. Das Geld der SUZ wird uns fehlen. Wir müssen es mit zusätzlichen Abonnenten – und, was schon schwieriger ist, zusätzlichen Inseraten – ausgleichen müssen. Ungern haben wir uns auch entschlossen, ab April den Abonnementspreis um zwei Franken heraufzusetzen.

Sie, liebe Leserin und lieber Leser, Sie haben auch schon dafür gesorgt, dass es «das konzept» gibt. Indem Sie uns abonniert haben, lesen, bei Ihren Bekannten propagieren oder uns sonstwie unterstützen. Wir sind in Zukunft noch mehr auf diese Ihre Unterstützung angewiesen. Lassen Sie uns nicht im Stich! Dann lässt «das konzept» auch seine Leser nicht im Stich. – Ist das nicht eine gute Versicherung?

Redaktion, Administration und Inserateverwaltung «das konzept»

Manipulation per Leserbrief

In letzter Zeit häufen sich die Versuche, die Volksmeinung mit gesteuerten Leserbriefen zu manipulieren. Genauer: Solche Machenschaften sind in letzter Zeit vermehrt aufgeflogen. Besonders Kreise, die bei jeder Gelegenheit über linke Medienmanipulation und Subversion klagen, scheuen vor Leserbrief-Manipulationen nicht zurück. Beschränken wir uns auf vier Beispiele.

Gezinggtes aus Zug

Guido Conzetti, ein freisinniger Bündner, erhielt im Januar 1978 dicke Post von einer *«Zeta Public Relations»* aus Zug: acht fixfertige Leserbriefe gegen die *Arbeitsgruppe Dritte Welt* – samt seinen Initialen und der nötigen Zahl von Begleitbriefen an die auserwählten Redaktionen. «Wir danken Ihnen bestens für Ihre Bereitschaft zur Lancierung von Leserbriefen», stand im Begleitbrief. «Sie erhalten hier einige fertige Texte . . .»

Dumm war nur, dass sich Conzetti nie zu solch plumper Manipulation bereit erklärt hatte. Hinter der Zeta PR, die als Firma der Öffentlichkeitsarbeit weder bei Tel. Nr. 111 noch im Handelsregister existiert (!), verbirgt sich der frühere Redaktor *Max Zingg*. «Es handelt sich um eine Aktion von Gesinnungsgenossen», meinte Zingg zu den aufgeflogenen gezinggten Leserbriefen.

Leserbrief-Zauberer

«Um den Vereinszweck zu erreichen, motiviert der Verein eine breitere Öffentlichkeit mit allen legalen Mitteln, insbesondere mit Publikationen und Tätigkeiten aller Art (Leserbriefe und Communiqués in der Presse . . .), um bei Abstimmungen und Wahlen vereinsfreundliche Resultate zu erreichen», heisst es in den Statuten der *«Vereinigung Freie Schweiz» (VFS)*, die am 28. Juni 1976 gegründet und sogar ins Handelsregister eingetragen wurde.

Ziel der VFS ist «die Erhaltung des schweiz. Rechtsstaates, des Privateigentums, der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit». Einzige Vereinsaktivität scheint das Verfassen von Leserbriefen zu sein. Einem Spendenaufruf an mögliche VFS-Sponsoren waren als «kleine Auswahl aus unserer bisherigen Tätigkeit» über 30 in verschiedenen Zeitungen plazierte Leserbriefe beigegeben. Er verfasse ab und zu für seine zahlreichen Bekannten Leserbriefe, gab VFS-Präsident Heinz Küng zu. Küng, Inhaber des Auskunfts- und Inkassobüros Creditreform in Bern, ist laut Telefonbuch «Conférencier und Zauberkünstler». In den 60er Jahren, als ihn das Leserbriefschreiben noch weniger absorbierte, trat Küng als «Harry K., der lachende Zauberer», auf. Bei seinen heutigen Auftritten gibt es gar nichts mehr zu lachen!

«Pro-Initiative lächerlich abgefasst»

Eine besonders doppelbödige Leserbriefkampagne organisierte *Peter Addor*, Cinceras damaliger Berner Statthalter, vor der Abstimmung über die Waffenausfuhrinitiative im Herbst 1972. Addors Leserbriefplan ist in der DM-Broschüre «Cincera alias Cäsar» auf S. 24 faksimile abgedruckt. Geplant waren sogar Leserbriefe «Pro-Initiative lächerlich abgefasst», damit man sie in der nächsten Runde zerfetzen konnte! Besonders originell: In einem «Bund»-Leserbrief warf Addor den Waffenausfuhrgegnern «vorfabrizierte Leserbriefe» vor!

Saftiges aus Hallau

Zu welch zweifelhaften Methoden Hallaus Traubensaft-Unternehmer *Emil Rahm* greift, um die Schweizer Presse mit Leserbriefen zu überschwemmen, hat die Arbeitsgruppe Medienkritik in einem «konzept»-Artikel «Der Winkelried von Hallau», Jan. 76, wohldokumentiert. (Nummer gegen 1.50 Fr. in Briefmarken auf der Redaktion erhältlich.) *Jürg Frischknecht*

«das konzept»-Hintergrund

Hetzkampagne gegen AG Dritte Welt

Eine beispiellose publizistische Hetzkampagne ist seit dem Erscheinen der Broschüre «Motor-Columbus entdeckt Amerika – 66 Jahre Elektrokolonialismus in Argentinien» gegen die Arbeitsgruppe Dritte Welt aus Bern in Szene gesetzt worden (vgl. «das konzept» 12/77). Motor-Columbus (MC) hat eine 63seitige Gegendokumentation herausgegeben, mit welcher die Arbeitsgruppe mit perfiden Methoden unglaubwürdig gemacht werden soll. Einige Beispiele: Den Zahlen über die von der MC-beherrschten Compañia Italo-Argentina de Electricidad (CIAE) bezahlten Arbeiterlöhne stellt die MC eine Zahl des heutigen *Durchschnitts*lohnes gegenüber. Den Vorwurf, die CIAE bezahle Hungerlöhne, kontert die MC mit einer Zusammenstellung über Lohnerhöhungen im Jahr 1977. Dabei werden die durch Streiks erzwungenen Entschädigungen für Arbeitszeiterhöhungen (von 35 auf 42 Wochenstunden) als Reallohnerhöhung ausgegeben! An einem stark besuchten Podiumsgespräch in Baden wurden die Leute der Arbeitsgruppe mit derartigen «Argumenten» buchstäblich überrumpelt. Selbstredend hat sich die bürgerliche Presse schützend vor die MC gestellt. In ganzseitigen Public-Relations-Inseraten der Bankgesellschaft wurde in den wichtigen Tageszeitungen und Gratisanzeigern (Kosten geschätzt: gegen eine Viertelmillion) die Arbeitsgruppe auf dieselbe Art schlechtgemacht. Eine Public-Relations-Agentur aus Zug organisierte eine Leserbrief-Hetzkampagne, die dann allerdings aufflog. (Vgl. den Artikel auf dieser Seite.) MC hat Verbindungen zu ihren Zuger Gesinnungsfreunden dementiert. Aber: Wie glaubwürdig ist die MC noch? In Zürich erklärte MC-Vizedirektor Enderlin an einem Podiumsgespräch, man könne nicht sagen, ob in Argentinien heute Repression herrsche und ob dort tatsächlich Menschenrechte verletzt würden . . .

Die Broschüre «Motor-Columbus entdeckt Amerika» ist bei der Arbeitsgruppe Dritte Welt, Postfach 1007, 3001 Bern, weiterhin zum Preis von 3.50 Fr. erhältlich, die «konzept»-Nummer mit dem Artikel «Elektrokolonialismus in Argentinien» für 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

das konzept Tip

Jerry Dental Kollekdoof Tournee '78: «Das kochende Inferno»

Nach dem Erfolg seiner letztjährigen Show startet das 27 Frau und Mann starke Musiker-Kollektiv «Jerry Dental Kollekdoof» am 1. April («Rössli»/Stäfa) zur Tournee '78 mit einem neuen parodistisch-absurden Musiktheater-Spektakel. Im Mittelpunkt des multimedialen, gaaistischen Geschehens soll wieder der typische Dental-Sound (eine Art Zirkus-Jazz) stehen. Darum herum das minuziös geplante Tohuwabohu – man kann diese Kollekdoof-Spezialität auch «Show im klassischen Sinn» nennen – aus Musik, Tanz, Stolpern, Gags, Gesang, Sketches, Akrobatik, Versprechern, Zauberei und so weiter.

Tourneeplan:

Fr, 31. 3., 20.30 h	**Wettingen:** Vorpremiere im Restaurant «Winkelried»
Sa, 1. 4., 20.30 h	**Stäfa:** «Rössli»
So, 2. 4., 20.00 h	**Solothurn:** Landhaussaal
Fr, 7. 4., 20.30 h	**Luzern:** Hotel «Union»
Sa, 8. 4., 20.30 h	**Baden:** Kursaal Baden
So, 9. 4., 20.00 h	**Bern:** Rest. «Bierhübeli»
So, 16. 4., 20.00 h	**Basel:** Rest. «Safranzunft»
Fr, 21. 4., 20.00 h	**Zürich:** Rote Fabrik
Sa, 22. 4., 20.00 h	**Zürich:** Rote Fabrik
So, 23. 4., 20.00 h	**Winterthur:** Volkshaus (Winterthurer Musikfestwochen)
Sa, 29. 4., 20.30 h	**München:** evtl. Theaterfestspiele
So, 30. 4., 20.30 h	**München:** evtl. Theaterfestspiele

Kritiker Israels

Hat Israel Angst vor dem Frieden?
Von Michael Dym, «das konzept» 2/78

Ein guter Artikel. Auch ich bin ein besorgter und kritischer Freund Israels. Nur ein Detail: Arafat hat nie einen binationalen Staat vorgeschlagen: «Palästina ist . . . ein integrierter Bestandteil der grossen arabischen Heimat, und das palästinische Volk ist ein Teil der arabischen Nation.» Und so weiter («The Palestinian National Covenant», bestätigt 1974 in Kairo).

In allem Wesentlichen stellt M. Dym die Dinge klar und treffend dar. Nur schade um die Anmerkungen der Redaktion. (Siehe Anmerkung. Red.) Es ist doch einfach lächerlich zu behaupten, man fände in Israel keine kritischen Stimmen (im Gegensatz zur arabischen Welt). Als ob es sie alle nicht gäbe: Amos Elon («Die Israelis»), A. B. Yehoshua («Angesichts der Wälder»), Amos Oz, Dan Ben Amots, A. L. Eliav, S. Yishar (bereits 1958, «Tage von Tsiklag»), «Gespräche mit israelischen Soldaten», «Der Gouverneur von Jerichoo» (1976 oft aufgeführtes Theaterstück über den hässlichen Israeli und den 100% guten Araber). Und die vielen Kritiker unter den Hochschulprofessoren (die dadurch ihre Stelle nicht verlieren)? Und sie alle schreiben in der Landessprache, werden im Land gedruckt. Arabische Selbstkritik muss meist im Ausland und übersetzt erscheinen. «Wenn die Kanonen schweigen» eines «Al-Ahram»-Journalisten gibt es nur in Übersetzung.

Die gegenwärtige Regierung in Israel ist ein Unglück für alle Beteiligten – es gibt aber auch ein anderes Israel. Siehe z. B. Marek Halter, «Le fou et les rois» – oder den Artikel von R. W. Schloss, «Geschenk vom Erzvater Abraham» in der «Weltwoche» (o Schreck!) vom 15. Februar. *W. S. Ehrenberg*

Anmerkung: Der Kasten zu M. Dyms Artikel, auf den sich der Verfasser des Leserbriefes mit «Anmerkungen der Red.» bezieht, stammt aus der Feder des Verfassers M. Dym. Red.

Ohne Polizei keine Gewalt?

«Wollt ihr die totale Polizei», «das konzept» 1/78

Kein vernünftiger Mensch kann den Einsatz der Armee gegen Demonstranten befürworten, das ist eine klare Feststellung.

Gewaltanwendung (auch solche mit einem guten Ziel) und erst recht Terrorismus müssen wenn möglich verhindert, andernfalls aber bekämpft werden, auch damit werden fast alle einverstanden sein. Dass durch Systemveränderung ein grosser Teil der Gewalt zum Verschwinden gebracht werden könnte, bestreite ich nicht, allerdings meiner Ansicht nach nur durch Gesinnungswandel eines jeden einzelnen und nicht durch Zerstörung der Gesellschaftsstrukturen, bevor man etwas Besseres als Ersatz zu bieten hat. Dies wird im besten Fall noch ein bis zwei Generationen dauern. Gewalt und Verbrechen haben wir aber hier und jetzt, und die bestehenden kantonalen Polizeikorps sind diesen offenbar nicht gewachsen, also haben wir eine Polizeitruppe auf Bundesebene für Einsätze dort, wo es nötig wird, eben nötig – oder seid Ihr wirklich so naiv und glaubt, dass es keine Gewalt gäbe, wenn wir keine Polizei hätten?

Ich möchte gerne wissen, wie Ihr euch die Lösung des Problems konkret vorstellt. Wen oder was sollte man einsetzen, wenn z. B. der Goldküstenexpress von Geisselnehmern besetzt würde, oder ein Kindergarten, was nach den Erfahrungen in Holland nicht auszuschliessen ist? Oder sollte man die Forderungen allfälliger Terroristen erfüllen und dann abwarten, was sie beim nächsten Mal wollen?

Natürlich bin ich gegen Gewalt und Repression, aber es gibt doch eine Art von Schwäche, die geradzu eine Einladung ist und die Gewalt provoziert. Auf jeden Fall bin ich der Meinung, dass diese Bundessicherheitspolizei das kleinere Übel ist.

Barbara Maag-Stiner, Steinmaur

*

Fredi Hänni hat in seinem Artikel ganz klar zwischen der Anti-Terror-Polizei (300 Mann) und der Anti-Demonstrations-Polizei (ca. 1000 Mann oder mehr) unterschieden. Der Artikel hat sich nicht gegen die Bekämpfung des Terrors gewandt, sondern in erster Linie gegen das Abwürgen demokratischer Rechte und grosser Bürgerbewegungen; die fraglichen Fälle heissen «Kaseraugst», «Gösgen», «Moutier» usw., nicht «Geiselnahme im Kindergarten». Unserer Ansicht nach sind Demokratie und Rechtsstaat (?) nicht dann gefährdet, wenn ein paar hundert oder tausend waffenlose Bürger ein AKW-Gelände besetzen, sondern dann, wenn dieses AKW gegen den Willen der Bevölkerung gebaut wird und mit Waffen gegen die eigenen Bürger geschützt werden muss.

Mit dieser Ansicht braucht man übrigens noch nicht einmal linksextrem zu sein, haben doch ganz bestandene Sozialdemokraten im Nationalrat verlangt, dass die «Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern» aus dem Aufgabenkatalog der BuSiPo gestrichen werden soll. Die Redaktion

echo

Leserbriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion ‹das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.» Kurze Zuschriften freuen uns besonders.

Auch für Schweizer Linke

Die K-Story. Erfahrungsberichte aus der Welt der Marxisten-Leninisten, in «das konzept», Nr. 1/78

Liebe Redakteure,

als einer der Mitautoren des von Euch im «konzept» behandelten Rotbuches «Wir warn die stärkste der Partein . . .» möchte ich Euch mitteilen, dass wir uns sehr darüber gefreut haben, dass unsere Veröffentlichung anscheinend auch für Linke in anderen westeuropäischen Ländern von Interesse ist.

Mit freundlichen Grüssen

Thomas Hofmann

Beachte auch die Antworten einiger Schweizer Organisationen auf die K-Story in «das konzept» 2/78 auf Seite 2.
Red.

Das Volk darf nicht wissen, was es will

Fortsetzung von Seite 1

ganze Argumentation wird im folgenden darauf hinauslaufen, zu zeigen, dass das Schicksal des Finanzpakets davon abhängt, ob der sich versteifende Widerstand gegen die Mehrwertsteuer gebrochen werden kann.» Es muss grundsätzlich in Zweifel gezogen werden, ob sich die (Sozial-)Wissenschaft so hemmungslos in den Dienst einer Regierungspolitik stellen darf. Und das gilt auch in finanzieller Hinsicht: Zwar hat die Nationalbank die Umfrage zur Studie finanziert (durchgeführt wurde die *Umfrage* von der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung) – und dies bietet den Vorteil, dass der Kredit keiner Parlamentskontrolle untersteht. Ausgewertet zur Studie wurden die Resultate der Umfrage aber vom universitären Institut, dem Prof. Gruner vorsteht, also mit Berner Staatsmitteln.

Die Angelegenheit ist den Beteiligten peinlich, und durch ihre Publizitätsangst wird sie noch peinlicher. Der Bundesrat muss zu diesem Dokument Stellung nehmen, und es bleibt zu hoffen, dass er es nicht in der Art von Herrn Eisenring (Zürcher CVP-Nationalrat in der CH-Sendung) tut: *«Wo falsche Resultate* (bei Umfragen, die Red.) *herauskommen, ist es Aufgabe des Parlamentes und des Bundesrates, wieder zu führen.»*

Wo soll der Staat mehr, wo weniger ausgeben?
(Anteile der Befragten in Prozenten)

	weniger	gleich viel ausgeben	mehr
Landesverteidigung:	*60,8%*	*34,3%*	*4,2%*
Entwicklungshilfe:	23,5%	49 %	25,6%
Hochschulen:	17,7%	58,9%	22,2%
Forschung:	7,9%	53,3%	37,6%
AHV:	5,6%	66,1%	27,1%
Krankenversicherung:	4,8%	55,9%	38,1%
Nationalstrassen:	42,2%	51,6%	5,4%

Machen Sie uns bekannt! Verteilen oder verkaufen Sie «das konzept» an öffentlichen Veranstaltungen in ihrer Region. Wir schicken Ihnen gerne Nummern zu (Tel. 01/47 75 30).

Werben Sie für «das konzept»! Wir möchten in allen Regionen Werbegruppen schaffen. Rufen Sie uns doch mal an. Auf (01) 47 75 30 erwarten Sie fünf charmante Stimmen . . .

Sie suchen in Zürich
möbl. Zimmer oder
möbl. Wohnung?
Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!
dvo Verwaltungs AG, 8039 Zürich
Tödistr. 48, Tel. 202 73 11

Der eidgenössische Atommüll

Nun ist die Katze aus dem Sack. «Jetzt *müssen* wir Lagerstätten für unseren Atommüll endlich finden», so Bundespräsident Willi Ritschard. Einfacher gesagt als getan!

- Wenn die Atommüllbeseitigung technisch gelöst ist, warum verlangt denn Frankreich, dass wir «nötigenfalls» unseren in den Aufbereitungsanlagen in La Hague deponierten Atommüll zurücknehmen müssen?
- Wie handelt eine Bauherrschaft, die ein Haus ohne Senk- oder Klärgrube baut? (sicher unverantwortlich!)
- Wieso konnten gewisse Behörden Betriebsbewilligungen für Atomkraftwerke erteilen, ohne dass die Beseitigung des anfallenden Atommülls vorgeschrieben wurde?
- Wozu sollen «Sondierbohrungen» vorgenommen werden, wenn es doch klar ist, dass solche Bohrungen nur eine Alibifunktion haben können, denn

erstens kann eine heute ausgeführte Bohrung keine Auskunft darüber liefern, wie sich die Lagerstätte in hundert oder tausend Jahren verhalten wird, und

zweitens kann auch darüber keine verbindliche Einsicht erhalten werden, wie sich im Lauf der Jahrhunderte und Jahrtausende der Atommüll in seinen Behältern und seinem «Grab» betragen wird und ob nicht doch die hochgiftigen Stoffe trotz allem mit der Biosphäre in Verbindung kommen und dadurch die befürchteten lokalen und globalen Verseuchungen der Umwelt verursachen.

Jede Versuchsbohrung ist eine unnotwendige Beunruhigung der Bevölkerung, ganz abgesehen von Enteignungsabsichten des Bundesrates. Jede Bohrung ist aber auch eine reine Geldverschwendung, die der Steuerzahler oder der Stromkonsument berappen muss. Die einzig ehrliche und logische Folgerung aus der von den Behörden eingebrockten Situation lautet:

- Sofortiger Betriebsstopp der Atomkraftwerke, damit kein weiterer Atommüll produziert wird.
- Bewilligungs- und Baustopp für weitere Atomkraftwerke.

Es gibt keine technisch und medizinisch sichere Lagerung des gefährlichen hochradioaktiven Atommülls!

E. Varrone, Schwarzenburg

Abbestellungen

Wir verschickten, wie jedes Jahr, unsere Erneuerungsrechnungen für Abonnemente, und erhielten, wie jedes Jahr, einige Abbestellungen. Manche waren mit Kritik begleitet, wir haben daraus einige ausgewählt:

Ich verzichte auf die Erneuerung, weil ich wohl in der Sache mit Ihnen in vielem einig bin, den Ton aber, in dem es meistens vertreten wird, nicht schätze.
H. E., Zuzwil

Ich verzichte auf Ihr Blatt, weil ich von der einseitigen Sicht der Probleme, wie Sie sie haben, nichts halte. Sie haben damit keine Zukunft! K. W., Wallisellen

Es scheint mir, dass Ihre Zeitung zuweilen in linker Richtung genauso überzieht wie die «NZZ» in rechter. Vielleicht bin ich aber auch ganz einfach aus den «Protestjahren» heraus. Trotzdem möchte ich Ihnen sagen, dass ich im «konzept» hie und da einen Artikel gefunden habe, der sehr aufschlussreich war und dem ich auch heute noch zustimmen würde.
E. H., Flawil

Da unsere Institution aufgehoben wird, müssen wir auf eine Erneuerung des Abonnementes verzichten.
Hochschule Aargau für Bildungswissenschaften (Vorbereitungsstufe)

Leider müssen wir unser Abonnement abbestellen: unsere Kommission wird Ende Jahr aufgelöst (fragen Sie nicht, warum . . .)
Kommission für Studienreform, Zürich

das konzept

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Schweiz: Telefon ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber, Liselotte Suter.

Redaktionsstelle Bern: Fredi Hänni Tel. (031) 25 88 05

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000 (reduzierte Auflage im März und September: 22 000).

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
1-sp-mm-Zeile –.62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich

Mitarbeiter-Sitzung: 17. 3. 78
Weinbergstr. 31, 12 Uhr.
Redaktionsschluss: Nr. 4: 31. 3. 78
Inseratenschluss: Nr. 4: 7. 4. 78

Aktionen der Atomkraftwerkgegener 1978:

Sieg oder Tod der Bewegung?

Von Daniel Wiener

Gute Aussichten für die Atomkraftwerkgegner im entscheidenden Jahr 1978? Die erste grössere Demonstration am letzten Februar-Wochenende war jedenfalls ein Erfolg, wie ihn niemand erwartet hatte: In Basel trafen sich 500 Personen zu einer Protest-Blockade der Autobahn-Auffahrt aus Richtung Deutschland. Grund: Über diese Strasse werden gegenwärtig fast täglich Brennstabtransporte für das Atomkraftwerk Gösgen geführt. Am Ende der dreieinhalbstündigen Kundgebung war die Zahl der Demonstranten auf über 1000 angewachsen! Wenn das Jahr 1978 für die Atomkraftwerkgegner ebenso verläuft wie dieser gewaltfreie Besetzungsversuch, wenn sich also bis Dezember die Zahl der AKW-Kritiker mehr als verdoppelt, dann ist ein Sieg bei der Abstimmung über die Atomschutzinitiative so gut wie sicher.

Ob dieses Ziel erreicht werden kann, ist fraglich und hängt weitgehend von der Strategie und Taktik auf beiden Seiten des AKW-Zaunes ab: Hinter den Stacheldraht-Verhauen stehen die Polizeikräfte der Regierung, die Elektroindustrie, einige Gewerkschaftsfunktionäre und immer noch ein grosser Teil des Parlamentes, kurz: die Atomlobby. Ihre finanziellen Spiesse reichen weit, ihre Einschüchterungsversuche sind wirksam, ihre Verbindungen zu den Massenmedien erfolgversprechend.

Auf der andern Seite – vor dem Zaun – stehen Tausende, mit Phantasie, Humor und Härte ausgerüstete Bürgerinnen und Bürger, die sich allerdings nur in einem Punkt einig sind: Sie wollen keine Atomkraftwerke. Noch immer etwas abseits warten jene Gruppen, die eine entscheidende Stärkung dieser grossen Bewegung herbeiführen könnten: die Sozialdemokraten, die Gewerkschaften, die Schriftsteller, Künstler und andere Intellektuelle. Seltsamerweise hat auch die Studentenbewegung im heutigen Kampf kaum Gewicht. Doch das kann sich ja ändern.

Was wird 1978 geschehen? Um mögliche Aktionen der AKW-Gegner beurteilen zu können, müssen wir zunächst einen Blick auf die Taktik der Atomlobby für 1978 werfen.

Die Strategie der Atomlobby

1. Säule: Die Abstimmung über die Atomschutz-Initiative soll wenn möglich noch im Dezember 1978 über die Bühne gehen. Die Atomlobby vertraut auf einen Propaganda-Apparat, der in den letzten Jahren noch jeden fortschrittlichen Vorschlag in der Volksabstimmung zu Fall gebracht hat (Mitbestimmung, Reichtumssteuer, Demokratie im Nationalstrassenbau usw.). Würde die Abstimmung erst im Frühjahr 1979 durchgeführt, also im grossen Wahljahr, dann fiele es den Sprachrohren der Atomlobby – vorab den AKW-hörigen Politikern – viel schwerer, Farbe zu bekennen. Sie müssten ja riskieren, nicht wiedergewählt zu werden.

2. Säule: Staat und Industrie koordinieren ihre Propaganda. Noch dieses Jahr wird der beruhigende Schlussbericht über den grossen Atomunfall (1969!) im Versuchsreaktor Lucens VD veröffentlicht, ebenso wird die Gesamtenergiekonzeption (GEK) den Vorwand für weitere Atomkraftwerke liefern; auch wird eine Studie der NAGRA (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), erarbeitet, die eine Scheinlösung für das Atommüll-Problem anbietet. Neben der allgemeinen (Lügen-)Propaganda der Atomlobby (Kennzeichen: verschweigen, verniedlichen, einschüchtern, emotionalisieren) steht die Bearbeitung bestimmter Zielgruppen im Vordergrund: Im Herbst veranstaltet der Schweizerische Gewerkschaftsbund im Tessin seinen Energiekongress. Wie in der Bundesrepublik erhoffen sich die Atomgewaltigen auch in der Schweiz von diesem Anlass die grosse Wende. Solange die Gewerkschaftsbasis zulässt, dass Benno Hardmeier, Vorstandsmitglied der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA), die Energiepolitik des Gewerkschaftsbundes macht, sieht es für die Atomkraftwerkgegner schwarz aus. Mit aller Härte müsste der Schweizerische Gewerkschaftsbund klarstellen, dass zwischen Energiewachstum und der Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Schweiz kein Zusammenhang besteht. Man kann nämlich auch mit Energiespartechniken Arbeitsplätze schaffen.

3. Säule: Kriminalisierung der Atomkraftwerkgegner und Repression. Motto: Wer gegen Atomkraftwerke ist, ist ein Staatsfeind und Gewalttäter. Ziel: Spaltung der Bewegung in «gute» und «böse» Atomkraftwerkgegner.

Was planen die AKW-Gegner?

Unter dem Druck der Verhältnisse haben die gegenseitigen Angriffe der Atomkraftwerkgegner und ihrer Organisationen stark nachgelassen. Wer heute gegen Atomkraftwerke demonstriert, tut das unter dem moralischen Schutz der gemässigten Gruppen, die sich voll auf einen konventionellen Abstimmungskampf vorbereiten.

Von Karfreitag bis Ostermontag ruft ein Komitee mit Unterstützung der nationalen AKW-Gegner-Koordination zu einem «Massenhungerstreik gegen Atomkraftwerke» auf. In einem geheizten Zelt im Schachen bei Aarau soll während gut drei Tagen nichts gegessen und nur gesalzenes Wasser und ungezuckerter Tee eingenommen werden. Der Hungerstreik dient als Ausgangspunkt für neue Aktivitäten, als Denk- und Diskussionsort über das weitere Vorgehen. (Information: «Komitee Massenhungerstreik gegen A-Werkes, Postfach 66, 4123 Allschwil 1, PC 40-578). Kurz nach Ostern beginnt im Raum Zürich eine Informationskampagne über das Atomkraftwerk Leibstadt.

An Pfingsten ist ein Treffen in Lucens vorgesehen. Erstmals wird in der Westschweiz eine nationale Kundgebung durchgeführt. Die Atomindustrie will bekanntlich in der Kaverne des ausgebrannten Versuchsreaktors Lucens ein Zwischenlager für Brennstäbe aus den Atomkraftwerken Beznau und Mühleberg errichten. Die *Engpässe bei der Wiederaufbereitung des Brennstoffes Uran und das ungelöste Atommüll-Problem* zwingen die AKW-Promoter zu diesem Schritt. Die Gemeindebevölkerung hat sich in einer Konsultativabstimmung eindeutig gegen das Projekt ausgesprochen. Kann das Zwischenlager nicht gebaut werden, so müssen die Betreiber unter Umständen die *Atomkraftwerke Mühleberg und Beznau I und II stillegen.* Diese weitgehende Forderung wird vom lokalen Komitee in Lucens vertreten.

Heisser Herbst

Niemand macht sich Illusionen darüber, dass auf dem Umweg über Lucens die für Herbst 1978 geplante Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Gösgen verhindert werden kann. Zu diesem Zweck diskutiert die Bewegung verschiedene neue Formen von gewaltfreien, direkten Aktionen. In Lucens sollen sie eingeübt werden. Gegen die Betriebsbewilligung in Gösgen wollen zwar einige Personen und Gruppen noch Einsprache erheben. Ob das Amt für Energiewirtschaft einer Beschwerde allerdings aufschiebende Wirkung zuerkennt, ist fraglich.

Stützt sich die AKW-Gegner-Bewegung dieses Jahr vollständig auf die legalen, konventionellen Mittel (Abstimmung, Gesetzesrevision, Einsprachen, gerichtliche Klagen usw.), dann läuft sie Gefahr, 1978 zu sterben. Sie gibt ihr Schicksal in jene Hände, die ihr feindlich gesinnt sind: dem Propaganda-Apparat der Atomlobby, den Gerichten des Bürgertums, dem atomfreundlichen Amt für Energiewirtschaft und dem von der Wirtschaft beherrschten Parlament. Wer in diese Institutionen kein Vertrauen mehr hat, plant über das Abstimmungsdatum hinaus. Neue Aktionen, vielleicht auch neue, bessere Initiativen müssen ins Auge gefasst werden. Noch immer klingen mir die bürgerlichen Kommentare nach der Ablehnung der Mehrwertsteuer im Ohr: «Das Schweizervolk hat eine Vorlage noch selten auf Anhieb angenommen. Wir brauchen einen neuen Anlauf.» Es ist unvermeidlich: Falls die AKW-Gegner nach der Abstimmung einen neuen Anlauf nehmen, wie der Bundesrat kürzlich mit seinem Konjunkturartikel, wird man es «Zwängerei» nennen. Das sollte uns aber nicht schrecken. Auch nach 1978 geht der Kampf gegen AKWs weiter.

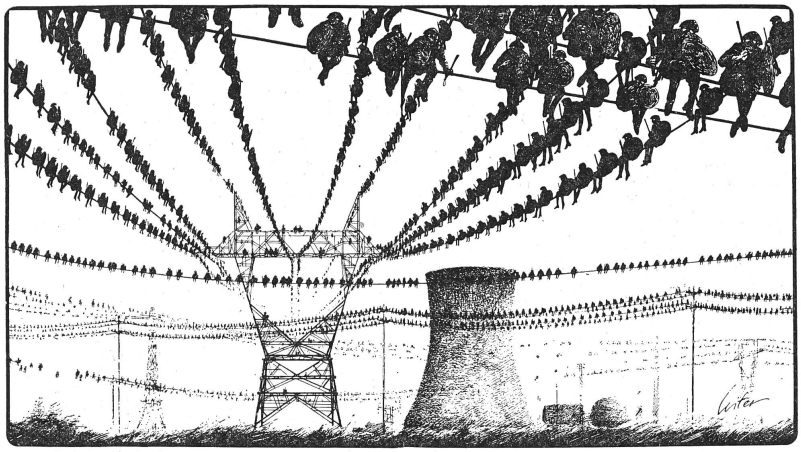
Im nächsten «konzept»: Die Werbemethoden der AKW-Lobby; «Sicher, sauber, unentbehrlich»

Atomtäter und Sympathisanten

Unter diesem Titel steht in der neuesten Ausgabe des Alternativmagazins «Leser-Zeitung» eine Serie über die Atomlobby, ihre Machenschaften, Pläne und Strategie, ihre finanziellen und persönlichen Verflechtungen, ihre Präsenz in eidgenössischen Kommissionen, in Parlamenten und in der Forschung. Autoren des Berichtes sind der Ökonom Philipp Leutenegger und der Journalist Daniel Wiener. Die «Leser-Zeitung» erhält man am Kiosk oder als (Probe)-Abonnement bei *Postfach 259, 8021 Zürich, Telefon (01) 42 44 01.*

Zwischen Gösgen und Leibstadt

Das Atomkraftwerkgegnerkomitee (ZAK) zeigt vom 21. März bis 14. Mai im Le-Corbusier-Zentrum eine Ausstellung über das AKW Leibstadt u. a. AKWs in der Schweiz; mit Veranstaltungen, Diskussionsrunden. Genaues Programm im «focus»-Veranstaltungskalender und in der Tagespresse.



1977: 1000 Polizisten aus allen Ecken des Landes schützen das AKW Gösgen gegen friedliche Demonstranten

Filmprojekt: Gösgen

Aufruf zur Unterstützung

Liebe AKW-Gegner,

Die Filmgruppe Gösgen des Filmkollektivs Zürich plant einen Film über die Ereignisse in der AKW-Bewegung seit dem Pfingstmarsch. Es war klar, dass sich in Gösgen ein Prozess von grosser Tragweite abspielen würde; so wurde beschlossen, eine filmische Dokumentation in S-8 mm herzustellen, die über Monate hinweg nicht nur die spektakulären Ereignisse, sondern auch die Entwicklung innerhalb der Bewegung und der Bevölkerung festgehalten hat. Dieses sehr vielfältige Material soll nun zu einem grösseren Film in 16 mm (blow-up) verarbeitet werden.

Die Filmgruppe Gösgen fordert alle AKW-Gegner auf, diesen Film durch ihre Unterstützung zu ermöglichen.

Ein Film über die AKW-Bewegung am Beispiel von Gösgen hätte bei Wirtschaft, Fernsehen und Bund keine Aussichten auf Unterstützung. Das Fernsehen hat bis jetzt sogar die Ausstrahlung von «Mehr Atomkraftwerke» verweigert.

Filme zu solchen Themen müssen daher von der Bewegung selber getragen werden. Dass dies möglich ist, hat der Film «Lieber Herr Doktor» über den Schwangerschaftsabbruch gezeigt. Fernsehen und Bund haben ihre Unterstützung verweigert; der Film ist aber dank der breiten Unterstützung durch die Bevölkerung und der Arbeit der Filmgruppe und des Filmkollektivs möglich geworden. Nächstes Jahr steht die Abstimmung zur Atominitiative an. Dem Gösgen-Film könnte da eine ähnliche Bedeutung zukommen.

Das Budget für das Filmprojekt Gösgen, Löhne, Materialmieten, Verleihvorkosten und die Erstellung einer französischen Version eingeschlossen, beläuft sich auf ca. 90 000 Fr. Um die Materialkosten und die Leistungen, die sofort bezahlt werden müssen, zu decken, brauchen wir ca. 30 000 Fr. Mit diesem Brief rufen wir auch Einzelpersonen auf, den Film durch Spenden zu unterstützen.

Das Geld ist auf PC 80-4465 einzuzahlen. Würde der minimale Betrag von ca. 30 000 Fr. nicht zusammenkommen, so müsste das Projekt annulliert und das Geld zurückbezahlt werden.

Für weitere Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüssen,

Die Filmgruppe: Donatello Dubini, Fosco Dubini, Jürg Hassler, Rolf Reemtsen, weitere Mitarbeit: Dieter Gränicher, Marcel Meili

Solothurner Sexualkundeunterricht «vertagt»

Das leidige «Spiel der Säfte»

Über Sexualität wird an den Solothurner Schulen auch in den nächsten Jahren nicht gesprochen – wenigstens offiziell nicht. Eine didaktische Wegleitung zum von weiten Kreisen geforderten Sexualkundeunterricht steht immer noch aus. Zwar hat das Solothurner Erziehungsdepartement 1974 eine 12köpfige Sexkommisssion mit «Spezialisten aus verschiedenen Fachbereichen» gebildet, doch tagte das begutachtende Gremium lediglich zwei Mal in vier Jahren. Der grosse Entwurf in dieser Sex-Komödie war Alt-Schulinspektor Ernst Hess (70) vorbehalten. Er erfüllte seinen Auftrag, die Gestaltung der Wegleitung, nach Treu und Glauben – aber eben, seinem Glauben.

«Man kann sowohl bekleidet als auch unbekleidet sehr unmoralisch sein», sinniert Hess. Und so schreibt er denn nicht nur über unbekleidete Menschen und Sex, sondern geht – dafür lassen sich allerdings gute Gründe finden – aufs Ganze: werkelt Seite um Seite an seinem ganzheitlichen Menschen- und Weltbild. «Anstelle der früheren Führungskräfte ist ein unübersehbarer Pluralismus getreten. (. . .) Der heftige Wunsch des einzelnen, jeder Autorität zu entraten und sein Leben nach eigenem Gutdünken zu gestalten, zeigt sich, weil es sich um eine elementare Lebensäusserung handelt, besonders deutlich auf sexuellem Gebiet.» Angesichts des drohenden Umsturzes ruft der Alt-Schulinspektor nach neuen Grundlagen für die Gesamterziehung der «Zöglinge». Die starke Hand des Erziehers braucht es dringend: «Ein vergleichender Blick auf die Tierwelt bringt uns das eindrücklich ins Bewusstsein. Ein Küken zum Beispiel beginnt, kaum hat es die Eierschalen abgestreift, zu laufen und zu picken und

braucht von nun an nur noch zu wachsen, um ein Huhn zu werden.»

Um wieviel schwieriger hat's der Mensch! Er muss sich vor mannig-(bzw. frauig-)fachen Gefahren schützen, ein «Gegengewicht zu den mit der Pubertät wirksam werdenden Trieben und Begierden» finden, kurz: unterscheiden lernen zwischen dem niederen Sex und der hohen LIEBE: «Es ist die geheimnisvolle menschliche Fähigkeit, für die uns in der deutschen Sprache das Wort Liebe zur Verfügung steht, ein Wort von unerhörtem Inhaltsreichtum, das einen Bogen vom Trivialsten zum Erhabensten spannt und unendliche Möglichkeiten des Missverstehens in sich birgt, weil sie kaum zu trennen ist von dem zweiten Träger menschlicher Beziehungen, der Sexualität, die nur im Tiere als eine vom Spiel der Säfte geregelte Naturkraft bestehen darf, vom Menschen aber kultiviert werden muss.». (Ernst Hess: «Wegleitung für die Sexualerziehung», Entwurf, 2. Teil.)

Die Ansichten des alten Schulinspektors mögen etwas verschroben sein, blamabel werden sie erst, wenn sie vom Auftraggeber, dem Regierungsrat, und von einer «begleitenden» Expertenkommission zum (Alibi-)Entwurf für eine heute gültige Sexualkunde gemacht werden. Mit der Sexualität treiben sie ein etwas trauriges Spiel im Solothurner Polit-Saftladen. *Liselotte Suter*

Mehr zum Thema «Sexualkundeunterricht in Solothurn» finden Sie in der «Solothurner AZ» vom 1. März 1978 unter dem Titel «Die bösen Begierden».

Freiheit heilt

Bericht über die demokratische Psychiatrie in Italien von Sil Schmid. Mit zahlreichen Dokumenten, Abbildungen, Interviews. Ein Bericht darüber, wie die italienischen Anti-Psychiater – besonders Franco Basaglia und sein Team in Triest – versuchen, die Institution Irrenhaus abzuschaffen.

WAT 41. 128 Seiten DM 7.50

Wagenbach

Es darf weiter betoniert werden

Gott sei Dank! Vernunft hat gesiegt. Das Werk des Jahrhunderts, unsere Autobahnen, ist vor dem Zugriff von 6 Millionen von Banausen gerettet! Es wird nichts aus dem Volksentscheid über die Tummelplätze für des Schweizers liebsten Volkssport. Die Basler werden den Zürchern nicht vorschreiben können, dass das Y nicht ins Weichbild der Limmatstadt passe, und die Ostschweizer werden nicht in Versuchung geraten, bei einem Glas Fendant gleich auch darüber zu werweissen, ob nun 3‰ N-9-Blei zum edlen Saft gehören oder nicht. Weise Selbstbescheidung, diese Verwerfung der unserer Wesensart fremden «Demokratie im Nationalstrassenbau»!

Gott sei Dank gibt es in unserem Land auch noch Kreise, die kein Opfer scheuen, wenn es um die notwendige Aufklärung unserer Zeitgenossen geht. Unangetastet vom allgemeinen Hang zur Gleichgültigkeit, sind sie zu jedem Aufwand bereit, wenn ihre vitalen Interessen gefährdet sind,

Ein löbliches Beispiel – es gäbe deren viele – sind die Automobilimporteure. Weil ihnen die «Albatros»-Initiative gegen den Autogestank unangenehm in die Nase stach, rührten sie recht kräftig die Werbetrommel dagegen – mit Erfolg: Die Initiative wurde zu Fall gebracht, Autos dürfen weiterhin so stinken, wie es ihnen passt, die Natur hat gegen den «Auspuff-Vogt» gesiegt. (Zweiflern sei hier gesagt: Da gibt's gar nichts zu husten.)

Autos stinken vielleicht, doch Geld stinkt nicht – auch in diesem Zusammenhang: Volle 250 000 Franken wollten laut des Dokuments, das wir hier abdrucken, allein die Autoimporteure zur Anti-Albatros-Kampagne beisteuern!

Voraussichtlicher Anteil der Automobil-Importeure Fr. 250'000.--
(an die Bekämpfung der Albatros-Initiative)

Importeur	Verkäufe 1.-8. 77	vom Total %	Anteil Fr
Alfa Romeo	4'253	3,27	8'175.–
Amag	23'894	18,39	45'975.–
Blanc & Paiche	1'918	1,47	3'675.–
BMW	5'392	4,15	10'375.–
Chrysler	5'630	4,33	10'825.–
Citroen	6'511	5,01	12'525.–
Datsun	3'075	2,37	5'925.–
Erb Garagen	42	0,03	75.–
Ferrari	41	0,03	75.–
Fiat	9'638	7,42	18'550.–
Ford	13'686	10,53	26'325.–
E. Frey-Gruppe	13'072	10,06	25'150.–
Garage de l'Athénée	36	0,03	75.–
GMS	16'293	12,54	31'350.–
Hügsermann	2'060	1,59	3'975.–
Honda	933	0,72	1'800.–
J.H. Keller	178	0,14	350.–
Lancia	1'492	1,15	2'675.–
Macchi	510	0,39	975.–
Mercedes-Benz	1'598	1,23	3'075.–
MMC	926	0,71	1'775.–
Peugeot	6'244	4,80	12'000.–
Renault	10'774	8,29	20'725.–
Volvo	1'760	1,35	3'375.–
	129'956	100,00	250'000.–

400 000 Franken machten die Gegner der «Demokratie im Nationalstrassenbau» für «demokratische Meinungs(um)bildung» locker. Dazu kam noch die Unterstützung der Automobilverbände usw.

Der Aufwand lohnte sich. Wie viel weniger ist das als die Einnahmeeinbusse unserer Bauwirtschaft, wenn nicht mehr weiterbetoniert werden darf! Oder wieviel mehr wäre gar vor die Hunde gegangen, wenn das Volk wegen dieser Weber-Initiative einmal beschlossen hätte, ein nigelnagelneues Autobahnstück einfach wieder dem Erdboden gleichzumachen? Man kann ja nie wissen, wozu hysterische Anwohner einer Expressstrasse fähig sind! Um so weniger, als bald das ganze Schweizervolk an Expressstrassen wohnt. *Emmanuel Casparis*

Internationaler Frauentag in Freiburg

Demonstration statt Prozession

Am 4. März, anlässlich des Internationalen Frauentages, erlebte das katholische Freiburg seine erste Frauendemonstration: Rund 2000 Frauen aus der ganzen Schweiz forderten auf Spruchbändern und in Reden den freien und kostenlosen Schwangerschaftsabbruch, einen echten Mutterschutz, Gleichberechtigung in Erziehung, am Arbeitsplatz und in der Familie, Schutz vor der täglichen Gewalt gegen Frauen. Nicht einmal an einer Prozession habe Freiburg bisher so viele Frauen auf einmal gesehen, meinte eine Freiburgerin an der Kundgebung.

Die Polizei hatte zuvor keine Mittel gescheut, um die Organisatorinnen einzuschüchtern, um die Stadt von «unliebsamen Störungen» zu verschonen. Eine Bewilligung war nur mit grossen Auflagen zu bekommen.

- Die Route musste so abgeändert werden, dass sie nicht durch die wichtigsten Strassen führte. Diese sind religiösen Prozessionen, Folklore-Umzügen und Militärdefilees vorbehalten – womöglich auch den aufrechten Studenten des StV (Studentenverbindungsvereinigung), der seine Vollversammlung dieses Jahr in Freiburg durchzuführen gedenkt und seine positive Lebenseinstellung in drei Umzügen dem Volk zugänglich machen will.
- Megaphone wurden den Frauen verboten (Ruhestörung am Samstagnachmittag um 3 Uhr!).
- Die Schlussrede auf einem zentralen Platz wurde in die relativ unbelebte Unterstadt verlegt.
- Für allfällige Schäden während der Demo hafteten drei Verantwortliche persönlich, zudem musste eine Kaution von 200 Franken hinterlegt werden.

Das schlechte Gewissen gegenüber den Frauen provozierte offenbar eine übersteigerte Angst vor möglicher Gewalt. In einem Brief, welcher der «Tribune de Lausanne» zugespielt wurde, forderte die Freiburger Sicherheitspolizei die kantonalen Stellen auf, ihre Informationen über Leute zu liefern, die nach Freiburg kommen. Die «rote Pest» drohte offenbar die schwarze Stadt zu verseuchen: «Die Organisatorinnen der Manifestation sind uns bekannt. Sie unterhalten enge Beziehungen zur Sektion Freiburg der RML.» Wer sich je einmal unliebsam bemerkbar gemacht hat, ist sich eines Plätzchens in der Kartei der Polizei sicher; ein *Cincera* ist hier *überflüssig*.

Trotz Megaphonen und verbotenen Halten auf der Route schritt dann die Polizei dem guten Ansehen zuliebe nicht ein. Die Bussen werden den drei Verantwortlichen diskret ins Haus schneien.

Warum überhaupt eine Demonstration in Freiburg?

Gerade im katholischen Freiburg ist die Unterdrückung der Frauen durch Kirche, Gesetz, Ärzte und Wirtschaft besonders hart:

- Man rühmt sich, dass die *legalen Abtreibungen* in den letzten 15 Jahren an einer Hand abzuzählen sind. Es wird aber verschwiegen, dass – wie Statistiken zeigen – ein hoher Prozentsatz der Frauen, die in Genf abtreiben, Freiburgerinnen sind.
- Im ganzen Kanton gibt es auf 5000 Frauen über 15 Jahren *einen* Gynäkologen. Die Wartefristen für ein Rendezvous dauern manchmal Monate. Der Preis, den eine Frau für eine Untersuchung zahlen muss, ist doppelt hoch: Die Ärzte halten sich kaum an die Tarife der Krankenkassen und scheuen sich nicht, den Patientinnen ihre unumstösslichen Vorstellungen von Moral aufzuzwingen.
- Dass die Freiburger Frauen mit der gynäkologischen Versorgung unzufrieden sind, zeigte sich bei der *«Affäre Kaufmann»*, Ende letzten Jahres. Dem französischen Arzt, der seit 1973 in der gynäkologischen Abteilung des Kantonsspitals arbeitete, wurde gekündigt, weil er als Ausländer die Bedingungen der schweizerischen Ärzteschaft nicht erfülle. Die Forderungen der Patientinnen Kaufmanns, die innert 10 Tagen eine Petition mit 2300 Unterschriften zustande brachten und ihre Unzufriedenheit mit einer Manifestation vor dem Grossen Rat bekundeten, wurden unter den Tisch gewischt.
- Obwohl viele Frauen arbeiten, fehlen ausreichende *Kinderkrippen:* Die wenigen, die es gibt, sind teuer. Krippen zu errichten wurde privaten oder kirchlichen Stellen überlassen.
- Die einzige *Familienplanungsstelle* des Kantons ist nicht einmal mit einem Gynäkologen besetzt. Lediglich eine französisch sprechende Beraterin – für deutschsprachige Frauen, geschweige denn für Ausländerinnen, existiert nichts dergleichen – ist vor allem für Informationen zuständig.
- Von *Sexualaufklärung* ist in den Freiburger Lehrplänen nichts vermerkt.
- Frauen sind als *Arbeitskräfte* so lange erwünscht, als sie gebraucht werden. In einem Schreiben an das Lehrpersonal des Kantons forderte die Erziehungsdirektion die Doppelverdienerinnen auf, sich wenn möglich zurückzuziehen, da nun kein Lehrermangel mehr bestehe.

Trotz allem ist die Situation in Freiburg nicht hoffnungslos. Immerhin haben sich verschiedene *Frauengruppen* gebildet (FBB, Groupe Femmes, SP-Frauen), die zurzeit zusammenarbeiten, um die Idee eines *Frauenzentrums* zu realisieren und so wenigstens einen Ort zu haben, an dem Probleme und Möglichkeiten zur Veränderung der konkreten Situation diskutiert werden können.

M. F.

das konzept hilft weiter

«das konzept» hat seinen Leserinnen und Lesern schon seit Jahren in der Frage der Verhütung und in schwereren Fällen geholfen. Wir geben eine immer wieder verbesserte Liste von Ärzten, welche die Abgabe der Pille liberal handhaben, auf Wunsch gratis ab. Wir haben auch ein Merkblatt für Sie bereit, welches Ihnen im Fall einer unerwünschten Schwangerschaft weiterhelfen soll: mit Adressen von Ärzten, denen Sie sich anvertrauen können, mit Adressen von Kliniken im Ausland, wo Sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen können (neueste Auflage Herbst 1977). Sie erhalten die Liste auf Anfrage (mit frankiertem Antwortumschlag). Die Redaktion

Zur Situation misshandelter Frauen

«Weggehen ist nicht einfach»

– solange es keine Frauenhäuser gibt

ls. Seit etwa einem Jahr gibt es in Berlin ein Frauenhaus, in dem misshandelte Frauen und Kinder Zuflucht finden können. 615 Frauen mit 730 Kindern waren in dieser Zeit für kürzere oder längere Zeit auf Notunterkünfte angewiesen. Rund 776 Hinweise auf Misshandlungen durch den Ehepartner, Freund, Vater oder Söhne gingen ein. 118 Frauen gerieten durch die Misshandlungen in akute Lebensgefahr. Viele Frauen wurden durch Drohungen gegen die Kinder erpresst. Nicht selten wagten sich die Frauen ins Frauenhaus, nachdem sie unter den Misshandlungen jahrelang gelitten hatten.

Und in der Schweiz?

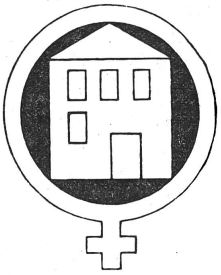
Auch in der Schweiz werden Frauen geschlagen, wie die Tatsachenberichte *«Weggehen ist nicht einfach»* von *Marianne Pletscher** eindrücklich beweisen. Aber in der Schweiz gibt es (noch) kein Frauenhaus – Initiativen sind jedoch in verschiedenen Städten im Tun. In Zürich, wo die Sache am weitesten gelaufen ist, soll noch diesen Frühling dem Kanton und der Stadt ein sorgfältig ausgearbeitetes Projekt vorgelegt werden. Das Frauenhaus wird von Stadt/Kanton und privaten Organisationen gemeinsam finanziert werden – sofern die mehrheitlich männliche Regierung sich einverstanden erklärt.

Beratungsstelle Zürich

Die Zeit für die Realisierung der Frauenhausprojekte drängt, vielleicht nicht so sehr die Politiker und Beamten in ihren Amtsstuben, um so mehr aber all die Frauen, die in *ihren* Stuben bedrängt, geschlagen, misshandelt werden.

In Zürich, Lavaterstr. 4, 8002 Zürich, ist jeden Mittwoch von 15 bis 19 Uhr eine Beratungsstelle für misshandelte Frauen geöffnet (Tel. 01/202 81 30).

Da können sich die Frauen aussprechen, Rat und ein bisschen Mut holen.



Diese Stelle ist wichtig, genügt aber nicht – wie die Beratungsstelle-Frauen selbst sagen: Es braucht Notunterkünfte, die Frauen müssen da sofort bleiben können. Unterstützung für das Frauenhaus Zürich: *Verein zum Schutz misshandelter Frauen, Postfach 589, 8026 Zürich, PC 80–46604.*

* Marianne Pletscher: «Weggehen ist nicht so einfach». Gewalt gegen Frauen in der Schweiz. Gespräche und Informationen. 108 S., 10 Franken, Rote Welle, Limmatverlag.

SSR-Frühlingsreisen

Aegypten nicht nur sehen, sondern entdecken und erleben:

Land der Nofretete	22.3.- 2.4.	1.360.--
Kairo-Luxor-Gizeh-Alexandrien	2.4.-16.4.	1.450.--
Aegypten per Bus	22.3.- 9.4.	1.360.--
NEPAL TREKKING		
Programm A: Trekkingroute: Katmandu-Jiri-Namche Bazar-Tengboche-Lukla-Katmandu. Obligatorisch: Fitness, Teamgeist und Kameradschaft	26.3.-16.4.	2.700.--
Programm B: ohne Trekking:		2.300.--
Jemen		
Eine ungewöhnliche Abenteuerreise	2.4.-16.4.	2.390.--
Städtereisen		
PRAG (Ostern)	23.3.-27.3.	395.--
Flug, Halbpension, SSR-Reiseleiter	27.3.- 1.4.	410.--
ISTANBUL		
Flug, Hotel, Reisleiter (Ostern)	24.3.-27.3.	485.--
Weitere Reisedaten:	3.4.-8.4./10.4.-15.4.	420.--

AUF 80 SEITEN UM DIE WELT!

ausfüllen, einsenden!

Der neue SSR-Frühling-Sommerkatalog ist erschienen. 80 Seiten dick. Und noch viel 'dicker' sind die Angebote. Jetzt bestellen! Schick diesen Coupon an SSR-Reisen, Postfach, 8023 Zürich oder ruf' einfach an: Tel. 01/242 31 31

Name/Vorname.....

Strasse..... PLZ/Ort.....

Beruf..... Jahrgang.....

SSR-REISEN Telefonverkauf 01/242 31 31

Kurs für Improvisation und Pantomime

Samstag, 18., bis Donnerstag, 23. März 1978 im Künstlerhaus Boswil

Leitung: Gérard Bétant (Leiter des «Théâtre Tel Quel»)

Kursgeld: 150 Fr.

Unterkunftsmöglichkeit im Künstlerhaus Boswil

Anmeldung: Sekretariat Künstlerhaus Boswil, Badstrasse 23, 5400 Baden, Tel. (056) 22 71 16.

DER FERIENHIT!

SONDERANGEBOT FÜR STUDENTEN

MANPOWER sucht dringend ab Mitte März bis Mitte Oktober für **Reisen quer durch Europa**

Servicehostessen Kellner Küchenhelfer

2–4 Einsätze à 3 Tage pro Monat
Reisebeginn und -ende jeweils in Zürich

Wir verlangen vollen Einsatz und bieten gute Bezahlung, grosszügige Spesenregelung
(Unterkunft in Erstklasshotel) sowie

2- bis 3tägige bezahlte Grundausbildung

Anmeldung zwischen 9.00 u. 12.00 h u. 14.00 u. 17.00 h bei

MANPOWER AG, Abteilung Reiseservice
Militärstrasse 36, 8004 Zürich
oder zu den gleichen Zeiten
Tel. (01) 241 29 65 oder (01) 241 27 34

M-O-S

Offiziersuniformen nach Mass

von der Uniformenfabrik **F. Müller,**
9499 Oberschan SG
Tel. (085) 5 12 40

Jeden Montag Massnahme und Anprobe durch einen Fachmann im

Magi's Jeans Shop,
Weinbergstr. 15, Zürich 1, Tel. (01) 34 94 43.

Bioenergetik Aufbaukurs

Der aus vier Einzelwochen bestehende Aufbaukurs bietet eine systematische Einführung in die Arbeit mit Bioenergetik an sich selbst und mit andern.

Leitung: Heiner Steckel (Bielefeld).

Termine 1978: 30. 7.–5. 8. und 8.–14. 10. 78. **Auskunft und Anmeldung:** N. Fröhlich, Bionstr. 11, 8006 Zürich, 01/26 41 34

Verreisen! Aber nicht allein. Mit einem Gratis-Inserat in der Rubrik «Reis mit» findet auch der Verschrobenste schnell einen Reisepartner.

Soeben erschienen:

So ging die «National-Zeitung» kaputt

Eine Chronik über das Ende einer fortschrittlichen Tageszeitung. Geschrieben von Max Jäggi im Auftrag der Schweizerischen Journalisten-Union (Sektion VPOD). 56 Seiten, broschiert, 11.90 Fr. Zu beziehen durch Vorauszahlung auf PC 80-36447.

Erfahrene **Korrektorin/Sekretärin** redigiert, korrigiert und stellt Reinschriften und druckfertige Offsetvorlagen her (IBM-Kugelkopf) von

Dissertationen, Publikationen, Manuskripten usw.

Mehrjährige Erfahrung mit wissenschaftlichen Texten, exaktes Arbeiten; sorgfältige, vorschriftsgemässe Ausführung. **Liselotte Wildi,** Tel. (01) 825 02 65.

Ihre **DISSERTATION** schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin

Rued. Gysin AG Haus der Reprografie
Im eisernen Zeit 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66
Filiale 8050 Zürich-Oerlikon:
Hugostrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

Vor der Eröffnung des dritten Russell-Tribunals

Die BRD-Demokratie auf demokratischem Prüfstand

von Lydia Trüb

Nach dem ersten Russell-Tribunal über Kriegsverbrechen in Vietnam, dem zweiten Russell-Tribunal über Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika (u. a. Chile) wird das dritte internationale Tribunal die Situation der Menschenrechte in der BRD untersuchen. Dass es hier nicht immmer zum besten bestellt ist, hat sich auch bei uns spätestens im Zusammenhang mit der Diskussion um die massenhaften Berufsverbote herumgesprochen. Nicht zu vergessen die allenthalben geschürte Hetzjagd nach den «Terroristen» und «Sympathisanten». Der folgende Artikel orientiert über die Absichten und die Arbeitsweise des Tribunals sowie über die massiven Anfeindungen, denen die Veranstalter dieses demokratischen Forums ausgesetzt sind. Red.

Das Russell-Tribunal ist eine von der Russell Peace Foundation in London eingesetzte Jury, der ca. 25 Personen – die meisten aus den EG-Staaten – angehören; Politiker, Juristen, Geisteswissenschafter, alle von hohem internationalem Ansehen. Für jeden Untersuchungsgegenstand wird dieses Gremium neu zusammengesetzt. Die Jury des dritten Russell-Tribunals besteht ausschliesslich aus Nicht-Deutschen. Ihr steht ein nicht stimmberechtigter deutscher Beirat zur Seite. Die vorbereitende Arbeit wird vom Sekretariat in Berlin geleistet. Die Sitzungen des Tribunals sind öffentlich, die Resultate werden publiziert, so dass jeder selbst nachvollziehen kann, wie das Urteil zustande gekommen ist. Das Tribunal wird die folgenden Fragenkomplexe untersuchen:

- Wird Bürgern der BRD aufgrund ihrer politischen Überzeugung das *Recht verweigert, ihren Beruf auszuüben?* (Anhand von 10 bis 12 exemplarischen Fällen, 1. Sitzungsperiode, 28. 3.–5. 4. 78.)
- Wird durch straf- und zivilrechtliche Bestimmungen und durch ausserrechtliche Massnahmen *Zensur ausgeübt?* (2. Sitzungsperiode, Herbst 78.)
- Werden *Grund- und Menschenrechte* im Zusammenhang von Strafverfahren *ausgehöhlt oder eliminiert?* (ebenfalls 2. Periode.)

Grundlage der Beurteilung sind die Verfassung der BRD und die Menschenrechtserklärungen.

Der rote Faden der Menschenrechtsverletzung

Vor der Untersuchung der drei Fragenkomplexe sollen dem Tribunal Gutachten vorgelegt werden, welche die Geschichte der Justiz sowie die Geschichte und Tradition der politischen Auseinandersetzung seitens des Staates (in der BRD) behandeln. Herausgearbeitet werden soll jener rote Faden, der sämtliche in den drei Fragen angesprochene Bereiche möglicher Menschenrechtsverletzungen durchzieht und zusammenhält – nämlich:

- die *Verrechtlichung der Entrechtung,* indem stets neue Gesetze die vorher praktizierten Rechtsverstösse legalisieren
- die *Ausdehnung des Staatsschutzes* – und damit der politischen Verfolgung – in *den Bereich von politischen Anschauungen und Ausserungen,* verbunden mit dem Ausbau eines entsprechenden Überwachungsapparates und der Schaffung einer Atmosphäre von Einschüchterung und Selbstzensur (etwa durch die Verknüpfung von schwerwiegenden rechtlichen Folgen mit rechtlich nicht fassbaren und nicht berechenbaren Begriffen wie «freiheitlich demokratische Grundordnung», «Sympathisant» usw.)
- die zunehmende *Verpflichtung auf den Staat* (nicht etwa auf die Verfassung) durch die Forderung nach Bekenntnissen und Sprachregelungen. (So heisst es im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Berufsverboten vom 27. Juli 1975 z. B.: *«Die politische Treuepflicht fordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten insbesondere, dass er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat . . . bekämpfen und diffamieren.»)* Damit verbunden ist die Kriminalisierung aller anderen politischen Positionen, selbst schon die des politischen Nonkonformismus.

Die Verketzerung des Tribunals

Die beiden ersten Russell-Tribunale haben sowohl in ihrem Verfahren als auch in ihrem Urteil Sachlichkeit bewiesen und darum weltweite Anerkennung gefunden. Die gleiche Absicht steht auch hinter dem dritten Tribunal. Aussagen wie diejenigen Erhard Epplers *(«Wer in einer Welt, in der die Folter in vielen Ländern überhandnimmt, die Bundesrepublik auf die Stufe von korrupten oder halbfaschistischen Militärdiktaturen stellen will, kann nur in seiner Böswilligkeit ernst genommen werden»)* beruhen entweder auf Unwissenheit, oder sie wollen das Unternehmen bewusst verketzern. Denn die Initianten des Russell-Tribunals haben bereits im Sommer unmissverständlich erklärt, dass die politischen Verhältnisse in der BRD nicht mit Vietnam oder mit Chile gleichgesetzt werden. Ausdrücklich wurde festgehalten, dass sich das Tribunal *erstmals den Problemen einer Demokratie zuwende* und damit *politisches Neuland* betrete.

Aus ähnlichen Gründen wie Eppler erklärte auch SPD-Bundesvorsitzender *Willy Brandt* die Initianten des Tribunals in der BRD für nicht erwünscht. Der SPD-Vorstand forderte im Oktober seine Mitglieder einstimmig dazu auf, dem Tribunal jegliche Unterstützung zu versagen. Zu einer aussergewöhnlichen Massnahme griff DGB-Präsident Oskar Vetter: Er warnte in einem persönlichen Brief an jedes einzelne der über 4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder vor einer Unterstützung des Russell-Tribunals.

Die Jusos (Jungsozialisten) haben ihre Unterstützung bisher nicht zurückgezogen, sowenig wie die namhaften Supporter aus den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Reihen. Im Gegenteil: Nach Berichten des Sekretariats haben die Unterstützungsaktivitäten in der jüngsten Vergangenheit sichtlich zugenommen. Einzig die Jungdemokraten (Jugendorganisation der FDP) mussten ihre Unterstützung auf Druck der FDP zurückziehen – mit der bemerkenswerten Begründung: andernfalls sei wegen der in der BRD bestehenden politischen Repression die Existenz des Verbandes in elementarer Weise gefährdet.

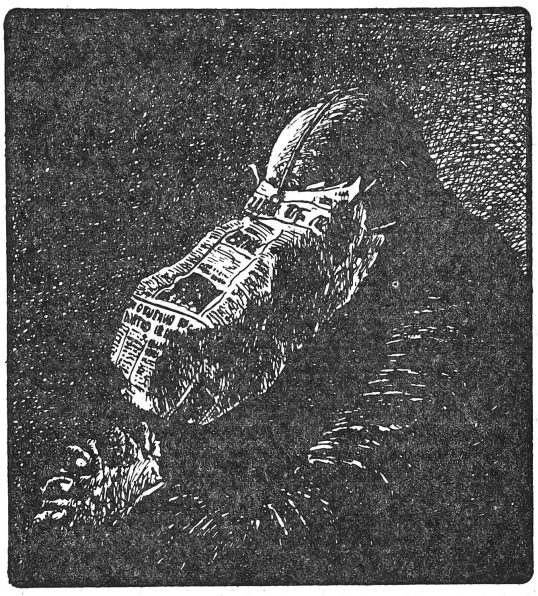
Kein Raum für Demokratie-Kritik

Schon diese Stellungnahmen zeigen, wie klein der Spielraum der Kritik an der bundesrepublikanischen Demokratie bereits geworden ist. Das Gegenteil von dem *«Mehr Demokratie wagen»,* das Willi Brandt zu Beginn seiner Regierungszeit proklamiert hat, ist eingetreten.

Noch schärfere Töne wehen von der Regierungsspitze: Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der CDU/CSU zum Russell-Tribunal, die von Bundesinnenminister Maihofer im Bundestag vorgetragen wurde, sucht das Russell-Tribunal mit den bewährten Bürgerschreck-Argumenten «Terrorismus» und «Sympathisantentum» auf Vorschuss zu erledigen: *«Auch andere das Tribunal unterstützende Gruppen, die sich zumindest verbal von terroristischen Gewaltakten distanzieren, tragen durch ihre verzerrte, die Wirklichkeit grob entstellende Darstellung der Verhältnisse in unserem Land dazu bei, ein geistig-politisches Klima zu schaffen, das terroristischen Gewalttaten Vorschub leistet.»*

Bemerkenswertes über die Wirkungsweise bundesrepublikanischer Aufklärungsarbeit von oben ist am Schluss der Stellungnahme nachzulesen. Da heisst es: *«Die Bundesregierung geht davon aus, dass nicht zuletzt dank ihrer Aufklärungsarbeit das Tribunal von der Bevölkerung als ein von mangelnder Tatsachenkenntnis oder von bewusster Falschdarstellung getragener Versuch durchschaut wird, die Bundesrepublik herabzusetzen.»*

Fortsetzung auf Seite 6



Die Meinungsfreiheit ist gewährleistet (Zeichnung: Martial Leiter)

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung

Gratis-Reisepartnersuche

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name, Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rp. frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).**
Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in den Rubriken «treffpunkt», «Flohmarkt».)

Suche Reisepartner für **Mittel- u. Südamerika** mit öffentl. Verkehrsmitteln, Dauer ca. 5–6 Monate, Start Sommer 78 oder Frühling 79. Inge, Tel. (01) 780 57 89.

Wer kommt mit mir (34/185) Ende Sommer/Anfang Herbst nach **Südeuropa** (Griechenland, Türkei) für zwei Wochen? Genaues Datum und das Reiseziel können wir gemeinsam festlegen. Rust Emil, Rütiweg 104, 3072 Ostermundigen, Tel. Büro: (031) 44 84 88.

20jähriger sucht für Sommer 1978 (Juli bis Sept.) 16- bis 20jährige Reisepartnerin, die Lust hat, **durch Europa zu trampen.** Jussig Rolando, Waldeggstr. 1, 9100 Herisau AR.

Bin 25, männl. und will die Welt umreisen. Suche Partner/in mit Humor, Ideen und genug eigenem Reisekapital, um mindestens **ein Jahr auf einfache Art zu trampen.** Start Sommer/Herbst 1978. Heinz Notter, Bernerweg 13, 6003 Luzern, (041) 22 07 67.

Wer fährt mit? Mit Bus, Bahn, Lkw nach **Nepal;** Mai–Anfang August; bin Lehrer ohne Stelle, 27 Jahre, habe schon eine Abenteuerreise hinter mir: Jochen Zenker, Udonenstr. 28, D-2160 Stade.

Welches unternehmungslustige Mädchen möchte mit mir (25, 172) eine **14tägige Spanienreise** (Mai, Juni) unternehmen? Gemeinsame Reisevorbereitung! Erwin Hachen, 3099 Oberbütschel BE.

Ich, 25/188, männlich, schlank, sportlicher Typ, suche jungen, gutaussehenden Boy zum gemeinsamen **Verbringen der Frühlings- oder Sommerferien.** Whg. vorhanden zw. Rom und Neapel, direkt am Meer. Zuschriften mit Bild an Postfach 1518, 3018 Bern.

1–2 Wochen nach Cap d'Ail (Sommerferien) Sie/er sollte ein bisschen Unternehmungslust besitzen und 18–21 Jahre alt sein. Brief mit Photo an: Andrea Ritz, Schaufelweg 58, 3098 Köniz BE.

Unternehmungslustiger Boy, 19/188, sportlicher Typ, sucht **vielseitig interessierte Reisepartnerin** für abenteuerliche Frühlings- oder Sommerferien mit dem SSR. Daniel Rossier, Daxelhoferstr. 20a, 3012 Bern, Tel. G. (031) 24 43 35, P. (031) 24 37 10.

Jeune femme, 26 ans, intellectuelle, cherche **compagne ou compagnon** de course pour aller marcher quelques jours en montagne (ou plus) à l'époque de Pâques (Toscane, Tessin, Basses-Alpes (Fr), Pyrénées...). Richter, 20, Blanvalet, 1207 Genève.

Wer kommt mit mir (26jährig) für **2 Monate nach Indien?** (Flugzeug.) Zeitpunkt Dez./Jan. 78/79. Peter Franz Xaver, Fluhmühlerain 3, 6015 Reussbühl.

Suche **Wander- u. Reisepartner** (bis 28jährig) für Sommer. Kurt Kauer, Postfach, 4019 Basel.

UR: Ich (Urnerin, 21jährig) sueche fir de Monat Augschte e **Reisebegleiter nach Griechenland** (Inter-Rail). Wänn Zyt und Luscht häsch – mäld Dich doch einisch. Telefon: 47 99 50 (Mo–Fr 08.30–17.30).

Welches nette Mädchen kommt mit mir (27/172) auf die **SSR-Reise Rom–Latium** vom 1. 4. bis 8. 4. 78 (in der Frühlingszeitung beschrieben)? Marcel Käser, Lehenmattstr. 116, 4052 Basel.

Marokko. Suche Begleiter(in) für Reise vom **1. 4. bis 22. 4. 78 nach Marokko** oder auch anderes Reiseziel. Paul Kurer (28), Bruggerstr. 27, 5116 Schinznach Bad, (056) 43 23 15 oder (062) 21 09 59.

Suche 1–3 Reisepartner(innen) im Alter von 16 bis 20 Jahren. Mein bevorzugtes Reiseziel ist **Griechenland,** lasse mich aber evtl. noch umstimmen. Möchte am liebsten per Zug reisen. Maya Kreß, Landstr. 116, 5322 Koblenz.

Wer begleitet mich auf meiner 1- bis 2jährigen **Nord-, Mittel-, Südamerikareise?** Start Herbst 78. Bin weiblich, 26 Jahre. Alles Weitere mündlich. Conny, Tel. (01) 242 16 81.

Erdrückende Machtverhältnisse im Wallis am «Fall» Niklaus

«Stillhalten oder auswandern»

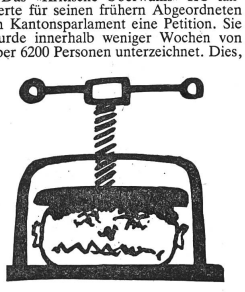
Von Frank Garbely

Das Wallis ist um einen Skandal reicher. Der Staatsrat lehnte – aus politischen Gründen – die Anstellung des bestausgewiesenen Psychologen S. Niklaus ab. Sein Fehl: S. Niklaus ist aktives Mitglied des Kritischen Oberwallis (KO), einer Linksbewegung, die oft mit der SP Wallis gemeinsame Sache macht.Jetzt läuft eine Unterschriftensammlung für Niklaus – Anlass für erneute Repressionsversuche des CVP-CSP-Blocks.

Seit über einem Jahr sucht die psychiatrische Kinderklinik «La Castalie» in Monthey einen Psychologen, der geistesbehinderte Kinder mit deutscher Muttersprache betreut. S. Niklaus, der vor Jahresfrist an der Universität Freiburg sein Studium mit einem Lizentiat in Psychologie abschloss, bewarb sich als einziger für diese Halbtagsstelle. Die Klinikdirektion empfahl dem Staatsrat die Wahl. Was normalerweise eine Routineangelegenheit ist, wurde zum handfesten Skandal. Wie sich später herausstellen sollte, wusste Staatsrat Bender – zuständiger Departementschef und einziges Nicht-CVP-Regierungsmitglied – nichts von der Abweisung.

Das «Kritische Oberwallis» lanciert Unterstützungspetition

Das «Kritische Oberwallis» KO lancierte für seinen frühern Abgeordneten im Kantonsparlament eine Petition. Sie wurde innerhalb weniger Wochen von über 6200 Personen unterzeichnet. Dies,



obwohl laut KO vor allem Staatsbeamte und Lehrer wegen drohender Repression auf die öffentliche Nennung ihres Namens verzichtet haben. Die Petition wurde von 58 Nationalräten (41 SP, 5 PdA/PSA, 3 LdU, 7 FdP, 2 Lib.) unterzeichnet, allerdings von keinem CVP-Vertreter: vier der fünf Walliser Staatsräte gehören der CVP an . . .

Zu den Unterzeichnern zählen auch 25 Professoren, die an Schweizer Universitäten Psychologie und verwandte Fächer unterrichten.

Arge Hetzkampagne

Der Fall Niklaus löste im Wallis einen riesigen Wirbel aus. Das Leibblatt der Christlichsozialen Partei des Oberwallis, der «Walliser Volksfreund», suchte mit Drohungen die Unterschriftensammlung zu verhindern: *«Wir werden die Unterschriften publizieren, damit jedermann kontrollieren kann, wer in diesem Fall für S. Niklaus und gegen den Staatsrat seine Unterschrift hergab.»*

Das KO wird diese Veröffentlichung jedoch unterlaufen. Die Unterschriften werden bei einem neutralen Notar hinterlegt.

Tatsächlich traf es zu – so ein Unterschriftensammler zum «konzept» –, dass Leute aus Angst nicht unterschrieben: *«Ich bin Staatsangestellter und kann nicht unterschreiben. Macht aber nur weiter!»*

Die KO-Mitgliedschaft des Bewerbers genügte dem «Walliser Volksfreund» und dem rechtsradikalen Blatt «Nouvelliste», S. Niklaus zum linksextremen Wühler und Staatsverächter zu stempeln, der die *«Grundauffassung zu Staat, Kirche und Erziehung mit der Mehrheit der Oberwalliser Bevölkerung nicht teilt.»* Für diese Presse war das bereits Grund genug, in S. Niklaus einen unausgegorenen Terroristen zu vermuten.

Der «Walliser Bote» hielt sich nicht ungescholten aus der Hetzkampagne heraus. Auf eine ausführliche Darstellung des Falles Niklaus hin, in der der staatsrätliche Entscheid missbilligt wurde, gab es Stunk. P. Biderbost, CVP-Nationalrat und Verwaltungsrat dieser Zeitung, intervenierte. Er bezichtigte die Redaktion der Unverantwortlichkeit, da sie sich erlaube, den Staatsrat zu kritisieren, aber kritiklos Informationen der «Ultralinken» veröffentliche. E. Kronig, Bankdirektor und Vizepräsident der Stadtgemeinde Brig, drohte gar mit einer Kampagne «Bestellt den ‹Walliser Boten› ab».

Während die Stelle in Monthey weiterhin unbesetzt bleibt, stempelt der ausgeladene Psychologe und sucht weiterhin Arbeit. Im Wallis wohl vergeblich. S. Niklaus: *«Mir bleibt nichts anderes, als auszuwandern, denn im Wallis gibt es für Psychologen nur Staatsstellen.»*

Aussperrung auch für Protestanten

Der Fall Niklaus steht nicht allein. Die Aussperrung im «klero-faschistoiden Wallis», wie der einheimische Schriftsteller Imhasly sich auszudrücken beliebt; trifft nicht bloss Sympathisanten und Aktive der politischen Opposition gegen die allmächtige Einheitspartei CVP-CSP.

In einem Schreiben an die Primarschulbehörden empfahl ein Chefbeamter des Erziehungsdepartementes, von der Anstellung protestantischer Lehrer abzusehen, da das Wallis ein katholischer Kanton sei und deshalb auf einer katholischen Erziehung bestehen müsse.

Stillhalten oder auswandern

Selten setzen sich die Betroffenen offen zur Wehr, selten auch sind die Gründe und Motive einer Nichtanstellung oder Entlassung derart deutlich wie im Fall Niklaus. Die Liste von Aussperrungen könnte beträchtlich erweitert werden. Aus Angst vor Rufmord und in Sorge, überhaupt keine Stelle mehr zu finden, weigern sich Betroffene meist, öffentlich zu protestieren. Stillhalten oder auswandern heisst die Alternative.

Uns sind eine Reihe von Fällen bekannt, in denen Lehrkräfte nicht eingestellt wurden:

- weil sie nicht kirchlich heirateten,
- weil Geschwister oder Bekannte politisch aktiv sind,
- weil sie den Militärdienst verweigerten usw. usf.

Mancherorts hat sich der Brauch eingebürgert, die Stellenausschreibung zu umgehen, in dem feste Stellen in Ersatzstellen verwandelt werden. Ersatzstellen müssen nicht ausgeschrieben werden. Das Lonza-Dorf Visp hat kürzlich beschlossen, Lehrer nur noch einzustellen, wenn sie am Ort Wohnsitz nehmen und aktiv in den örtlichen Vereinen mitwirken.

Wenn es gilt, das Nest konservativ und katholisch zu halten, kümmern sich die Walliser Behörden einen Dreck um Qualifikation und Vorschriften. Rund ein Viertel der Lehrkräfte in den Sekundarschulen des Oberwallis unterrichtet ohne das vorgeschriebene Diplom.

Das Land, wo die Skandale blühn . . .

. . . nennt die «Rote Anneliese», regionale Alternativzeitung des Kritischen Oberwallis, bei den (meist prominenten) Namen. Sei es der Savro-Skandal, die skandalösen Bodenkäufe der Staatsräte, das Berufsverbot gegen S. Niklaus – die regionale Alternativzeitung (8× jährl.) «Rote Anneliese» hält Sie auf dem laufenden.

Bestellen können Sie die «Rote Anneliese» bei: *Kritisches Oberwallis, Postfach 41, 3904 Naters.*

Die Einzelnummer kostet 1 Fr.

Falls Sie direkte Informationen brauchen (oder haben!), rufen Sie doch an: *Montag und Freitag 16–19 Uhr, Telefon (028) 3 63 89.*

Achtung: Alle Gründe gegen das Abonnieren des «konzept» ab sofort ungültig!

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
☐ *April 1978 bis Dezember 1978 für 14 Fr. (Ausland 18 Fr.)*
☐ *Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)*
☐ *Geschenkabonnement (Name des Beschenkten hier eintragen: Adresse für Rechnung auf Zeitungsrand)*

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Beruf: _____ *Datum:* _____

Talon einsenden an: ***«das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich***

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten/als Probenummer*/am Kiosk*/auf ein Inserat in nachstehend genannter Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (* Zutreffendes unterstreichen):*

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n): *dk 78/3*

treff punkt FLOHMARKT

Kontaktinserate/Kleininserate

Zum Inserieren einfach Talon ausfüllen (maximal 8 Zeilen) und einsenden an Inseratenverwaltung «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich, und Betrag (Kontaktinserat inkl. Chiffregebühr: Fr. 15.–, Kleininserat: Fr. 12.–) auf Postscheckkonto 80-36 651, Inseratenverwaltung «das konzept», 8001 Zürich einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat ‹ das konzept ›» bzw. «Kleininserat ‹ das konzept ›» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Falls Platz nicht genügt, weiteren Talon ausfüllen und doppelten Betrag einzahlen. **Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages.** Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.
Text (der angegebene Rahmen darf nicht überschritten werden):

Kontaktinserat* (Fr. 15.–) Kleininserat* (Fr. 12.–) *Nichtzutr. streichen
Name und Adresse:

treff punkt

WG in Zürich gesucht: von Ursula (28) mit Kind (5). In WG mit Kindern. Telefon (01) 55 32 16 oder G. (01) 202 08 50, intern 333 (Jarallah verlangen).

ZH: Meine zwei Katzen und ich suchen dringend eine **billige Wohnung** (max. 300 Fr.) in der Stadt Zürich. Wer weiss etwas? Annette, Telefon (01) 79 72 55 oder (01) 24 44 00.

Ich suche für noch zu mietende Zweizimmer-Wohnung in Zürich **Wohnpartner(in).** Telefoniere bitte (061) 78 17 38, Martin, am besten über Mittag.

AG/LU: Ich (24, 175), HTL-Student, suche **aufgewecktes Mädchen** zum Verbringen der Freizeit. Meine Interessen: Modellbau, Sport, Musik. Warum nicht gerade Du? Ich warte auf Deinen Brief (evtl. mit Bild). Chiffre KC 037 836, «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

FR: Ich (m) suche **gute Beziehung zu junger, «natürlicher» Frau.** Ich bin politisch interessiert, diskutiere gerne, treibe Sport. Zuschriften bitte an Chiffre KA 037 834, «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich.

ZH: Student, 26, gehbehindert, sucht human denkende, ebenfalls behinderte Partnerin zum Aufbau einer schönen Beziehung. Ich interessiere mich für soziale Fragen und diskutiere gerne. Zuschriften bitte an Chiffre KB 037 835, «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Wir bieten Ihnen sofort eine gut bezahlte Stelle an.

Temporär-Arbeit

Können Sie Maschine schreiben?
Haben Sie Buchhaltungskenntnisse?
Für Einsätze von einer oder mehreren Wochen

Besuchen Sie uns
MILITÄRSTR. 36 - ZÜRICH - TEL. 242 59 50

BRD-Demokratie . . .

Fortsetzung von Seite 5

Dazu hält das Russell-Tribunal fest, dass es ihm bisher kaum gelungen ist, in der deutschen Presselandschaft mit einer Selbstdarstellung durchzudringen. Die Bevölkerung kann gar nicht informiert sein, sondern stützt sich, wie in zahlreichen Fällen auch, auf Unwissenheit und Halbwahrheiten, auf Vorurteil und Vorverurteilung ab. Diese Haltung wird gefördert, und zwar nicht nur von einer für solches bekannten Springer Presse, sondern von höchst offizieller Seite.

Grossangriff der Regierung

Damit nicht genug. Hinter dieser Haltung drohen Massnahmen, die dann selbstverständlich von der Bevölkerung ebenfalls verstanden werden: Vor kurzem ist ein internes Papier aus dem Bundesinnenministerium, das als echt bestätigt wurde, veröffentlicht worden. Es wartet mit einem Massnahmekatalog gegen das Russell-Tribunal auf, das alles Bisherige in den Schatten stellt. Wie das Russell-Tribunal auf Teufel komm raus verboten, behindert, sogar verhindert werden soll, das ist die Frage.

Erwogen werden u. a. die Steuerung durch Beitritt und Mitwirkung «demokratischer» Kräfte mit dem Ziel, einen der politischen Wirklichkeit in der BRD gerecht werdenden «Freispruch» zu erzielen; Verbote nach dem Versammlungs- und Vereinsgesetz; durch Einreisesperren gegen die Mitglieder der Jury nach dem Ausländergesetz; durch Förderungsentzug derjenigen von öffentlicher Hand geförderten Gruppen, die das Tribunal unterstützen (z. B. des Bunds deutscher Pfadfinder); durch das Verwirken von Grundrechten durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (obwohl den bisherigen zwei Anträgen nicht entsprochen wurde) oder eben durch Aufklärung und Information der Öffentlichkeit im In- und Ausland durch Bundespressestellen, Verfassungsschutz u. a.

Stimmungsmache mittels Terrorismusverdachts

Die Durchführung der einzelnen Massnahmen dieses Katalogs wird durch den Nachweis eines angeblichen Zusammenhangs zum Terrorismus erleichtert. Einschätzungen wie diese: *«Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass eine solche Veranstaltung sowohl neues Protestpotential hat, vorhandenes sammelt und intensiviert als auch den gewalttätigen Extremismus ebenso wie Sympathien für die gegen den Staat kämpfenden Terroristen erneut stärkt»* und Argumentationen mit der *«grossen Erfahrung mit konspirativen Arbeitsweisen der das Tribunal betreibenden Kräfte»*, für die jede Beweisgrundlage fehlt, sollen diese Nähe zum Terrorismus belegen. Weitere Nachweise hin oder her – die Einstimmung auf den Terrorismus genügt . . .

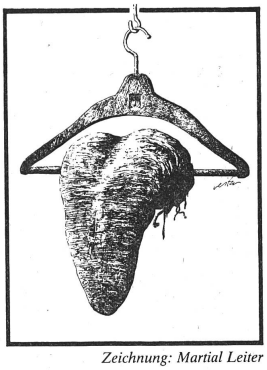
Dies zeigt deutlich, wie notwendig das Russell-Tribunal und wie realitätsverbunden sein oberstes Anliegen ist: Nicht die BRD als faschistischen oder faschistoiden Staat zu verurteilen, sondern die Tendenz zum autoritären Staat klarzumachen und den demokratischen Kräften der BRD fundierte und genau geprüfte Argumente an die Hand zu geben.

Das Tribunal will kein Gerichtshof sein, sondern nach dem englischen Wortsinn von *«Tribunal»* ein *Forum.* Sein Ergebnis wird vermutlich ein einigen Warnungen gegenüber entdemokratisierenden Entwicklungen bestehen, die viele mit grosser Sorge beobachten.

Warum ein Schweizer Unterstützungskomitee?

Zur Unterstützung des dritten Russell-Tribunals über die Situation der Menschenrechte in der BRD ist in der Schweiz ein Unterstützungskomitee gebildet worden. Dies aus folgenden Gründen:

- Die BRD ist zu einem wirtschaftlichen und politischen Machtfaktor von grosser Bedeutung für ganz Europa geworden. Was in unserem nördlichen Nachbarland vor sich geht, kann uns nicht gleichgültig sein, besonders da auch in der Schweiz Repression gegenüber Andersdenkenden nicht mehr nur als Einzelfall vorkommt.
- Namhafte Persönlichkeiten der BRD haben die Stimmung in ihrem Land verschiedentlich als Hexenjagd oder Pogromstimmung gegen alles, was links steht oder kritisch ist, beschrieben. Es sind dies äusserst ernst zu nehmende Warner, die sich der demokratischen Tradition der BRD verpflichtet fühlen und entweder selber erfahren oder aus der Geschichte gelernt haben, was die Wendung zum autoritären Staat bedeuten kann. Den heutigen Angriffen auf diese Persönlichkeiten und dem Versuch, sie zu kriminalisieren und als Sympathisanten der Terroristen zu verketzern, entspricht der Angriff auf das, was sie verkörpern – die demokratische Tradition.



Zeichnung: Martial Leiter

Solidarität

Das Schweizerische Komtee ruft zur Solidarität für die Durchführung des Russell-Tribunals auf. Es ruft dazu auf, sich über die ständigen Skandale und fortwährenden Rechtsbrüche in der BRD gründlich zu informieren und nicht nur auf offiziellen Verlautbarungen abzustützen. Zum Russell-Tribunal ist eine Informationsschrift nach Einzahlung von 7 Fr. auf das Postscheckkonto des Komitees erhältlich (siehe Schluss).

Das Russell-Tribunal wird in der Schweiz bis jetzt unterstützt von der Arbeitsgemeinschaft des Demokratischen Manifests Zürich, Basel, Bern, St. Gallen und Aargau, von der PSA und u. a. von den Nationalräten Jean Ziegler und Werner Carobbio. Das Schweizerische Komitee fordert zu weiteren Unterstützungserklärungen auf. Informationen sind erhältlich bei:
Schweizerisches Komitee zur Unterstützung des III. Internationalen Russell-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in der BRD, Postfach 3270, 8031 Zürich. Spenden auf PC 80-42498

Veranstaltungshinweis:

Wer Hat Angst vor dem Russell-Tribunal?

Zu diesem Thema werden in Basel und Zürich je eine Grossveranstaltung des Schweizerischen Komitees durchgeführt. Es spricht u. a. die **Schriftstellerin Ingeborg Drewitz,** Mitglied des deutschen Beirats des Russell-Tribunals, Initiantin des Schriftstellerverbandes und heute stellvertretende Bundesvorsitzende des Vorstandes der Industriegewerkschaft Druck und Papier.

Zürich: 16. März, 20.00 Uhr
Volkshaus Weisser Saal
Basel: 17. März, 20.00 Uhr
Bernoullianum

SSS STUDENTEN SCHREIB-SERVICE

Reinschriften/Dissertationsdruck
Telefon (01) 32 00 88

STUDENTEN-SCHREIB-SERVICE
Sonneggstrasse 26
8006 Zürich

Reinschriften Dissertationen, Lic.- und Sem.-Arbeiten. Vorschriftsmässig und druckfertig ab Manuskript, auf IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Film- und Korrekturband, 20 verschiedene Schriften inkl. Zeichen und Symbole.

Dissertationsdruck Als Spezialisten bieten wir: Fachgemässe Ausführung, kürzeste Lieferfristen, günstigste **alles-inklusive-Preise** (inbegriffen: Verkleinerung der Vorlage, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Zusammenstellen und Rückenleimen)

Schnelldruck

(von einer Vorlage)	1-seitig	2-seitig
	Fr.	Fr.
30 Exemplare	4.50	9.--
50 Exemplare	5.50	10.50
100 Exemplare	7.50	14.50
500 Exemplare	28.--	52.--
1000 Exemplare	40.--	73.--

Öffnungszeiten Mo–Fr 08.30–11.30 / 13.00–17.00

Fotokopien
Telefon (01) 47 35 54

KIOSK SONNEGG 25
Sonneggstrasse 25
8006 Zürich

Fotokopien
– Normal 20 Rp.
– mit Legi 15 Rp.
Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

Öffnungszeiten Mo–Fr 08.30–18.30 / Sa 10.00–13.00

No. 3177

Wer im Flitzer gern mal sitzenbleibt.
Wer Schirm und Schutz gewährt – und nutzt.
Wem daher auch der Regen zum Vergnügen wird.
Wer das Echte liebt – der raucht Gauloises.
Würzig und unverwechselbar im Tabak.

GAULOISES

*Eine Erzählung von Seydou Badian**

Das Land des Generals

Aus dem Französischen übersetzt von Christine Misérez

Marseille – das Flugzeug nahm weitere Reisende auf. Ein junges Mädchen setzte sich neben Souley.

«Schau her, bist du's, Rokhia?

– Oh, Souley, welche Überraschung!»

Sie kannten sich gut, Souley hatte einen Teil seiner Probezeit in einem Büro in Marseille absolviert. Dort hatte er Rokhia kennengelernt. Sie begannen sofort ein Gespräch. Eine Erinnerung, die sie besonders verband: die letzte Versammlung der afrikanischen Studenten und Aufenthalter in Frankreich.

Rokhia war gezwungenermassen die Wortführerin ihrer Kameraden unter den Studenten geworden. Eher klein,

mit offenem Blick, das Gesicht leicht länglich, besass sie eine spontane Ausdrucksweise. «Mutig bis zur Unverschämtheit!» sagten die Jungen von ihr.

Rokhia und Souley besprachen diese letzte Versammlung. Einer ihrer Kameraden, Nalo, ein aufbrausender Literaturstudent, wollte nichts mehr mit afrikanischen Frauen zu tun haben. Warum? Weil ein Mädchen seines Landes, mit dem Namen Seynabou, welches die Gedanken Nalos beschäftigte, eben einen Minister geheiratet hatte.

«Erinnerst du dich an die Rede von Nalo?

– Und ob ich mich erinnere! bemerkte Rokhia mit einem schmerzlichen Lächeln. Die sogenannt emanzipierte Afrikanerin, man kennt sie! Patriotismus, Moral. Für sie heisst das zusammengefasst: Auto, Villa, Schmuck. Sie ist für die Geschichte verloren . . . Allen Anforderungen für einen Aufbau Afrikas verschlossen.»

Rokhia begann zu grinsen.

«Verfluchter Nalo! meinte sie.

– Weisst du, was aus ihm geworden ist?

– Keine Ahnung; mein langer Englandaufenthalt hat mich vom Land und den Kollegen getrennt.

– Nun, Nalo ist zurzeit einer der Grossen des Regimes. Er besitzt das Vertrauen der Militärs.

– Er hat keine Zeit verloren! Ich hoffe, dass er weder Auto noch Villa besitzt und dass seine Frau keinen Schmuck trägt.

– Das ist eine andere Geschichte. Du wirst ihm diese Frage stellen, wenn du ihn siehst.

– Gott behüte! Ich habe keine Lust, in den Knast zu gehen.

– Du übertreibst. Ins Gefängnis gehen für diese Kleinigkeit, nur weil man mit einem Kollegen diskutiert hat.»

Rokhia zog wortlos eine Zeitung aus ihrer Tasche mit dem Titel: *Kurzer Blick auf die afrikanische Szene.*

«Schau, lies . . .

– . . . für ein Ja, für ein Nein das Gefängnis, die Folterung. Jedermann ist dem ausgesetzt in Afrika. Die Generäle behandeln ihre Bürger genau wie Vorster die Opfer der Apartheid!»

Souley stiess die Zeitung weg.

«Wie wagen sie es, die faschistische Regierung Südafrikas auf den gleichen Nenner zu bringen . . .

Rokhia hob die Arme:

«Souley, Souley, pass auf! Nennen wir eine Katze eine Katze. Vorster ist nicht der einzige Faschist in Afrika. Das ist

unangenehm zu hören, aber das ist die Wirklichkeit . . .»

Ein kleiner weisser Junge, etwa vier, fünf Jahre alt, der mit seinen Eltern hinter ihnen sass, kam zu Souley, legte ihm seine Hände auf die Knie und schaute ihn mit seinen furchtsamen Augen fragend an.

«Hervé, hierher!» schrie die Mutter des Kleinen. Hervé bewegte sich nicht. Er setzte sich auf seine Knie und spielte mit den Knöpfen auf Souleys Weste. Wütend stand seine Mutter von ihrem Sitz auf, bemächtigte sich der Hand des Kindes und zog es wütend weg. Einige Minuten später kam Hervé wieder zu Souley.

«Hervé!» schrie die Mutter wieder.

«Lass ihn in Ruhe!» entgegnete der Vater.

Souley nahm das Kind auf seine Knie. Hervé schlief ein. Souley brachte ihn seinen Eltern zurück.

«Siehst du, bemerkte der Vater, er hat ihn nicht gegessen!»

Rokhia, die in einer Zeitschrift blätterte, drehte sich gegen Souley, wie aus einem Traum erwachend:

«Also wann, diese Hochzeit?»

– Ich sehe, du weisst alles . . . aber so einfach ist es nicht. Die Mit-Gattinnen meiner Mutter haben mir eine Verlobte gefunden: Familiensache. Ihr Vater war mit meinem befreundet – aber meine Mutter und mein Onkel scheinen nichts damit zu tun zu haben, sie haben nie darauf bestanden. Obgleich die Mit-Gattinnen meiner Mutter darauf drängen, dass diese Verbindung von meinem Vater vor seinem Tod unterstützt werde.»

Rokhia schwieg, die Augen in die Ferne gerichtet. Souley fragte sie nach ihren Plänen; sie hatte praktisch keine. Sie kehrte nach sieben Jahren in ihr Land zurück, ihre Geschwister und Cousins erwarteten sie. Sie hatte kleine Schwestern, um die sie sich kümmern musste, das war alles für den Moment.

Sie schwiegen beide. Dann nahm jeder von ihnen ein Buch zur Hand.

Die Zeit verstrich, endlos . . .

Baumgruppen. Von der Sonne vergoldete Luft. Die Häuschen aus Ton. Die Gebäude. Die geneigten Dächer aus Wellblech. Das netzförmige Gewebe der Flussläufe. Die Stimme der Stewardess . . . und, einige Augenblicke später, hielt das Flugzeug auf der Piste. Nachdem der Laufsteg herangefahren worden war, erschien ein Polizist.

«Fräulein Rokhia?» schrie er.

Rokhia nahm sich Zeit mit ihrer Antwort, wie wenn sie vergessen hätte, dass sie Rokhia hiesse.

«Fräulein Rokhia? wiederholte der Polizist mit noch lauterer Stimme. Niemand steigt aus, Fräulein Rokhia zuerst!» Blickwechsel zwischen Souley und Rokhia. Eine Geste von Souley, und Rokhia nahm zögernd ihren kleinen Koffer.

Am Fuss des Laufstegs wartete ein grosser Wagen, ein Chauffeur an der Türe.

Fassungslos zeigte Rokhia auf sich.

«Ich?»

– Komm, komm! sagte ein junger Mann auf dem Rücksitz des Wagens.

– Ach, du bist es?»

Rokhia lächelte, das Gesicht entspannt. Sie erkannte ihren Cousin Sima.

Die andern Reisenden stiegen aus. Der Steward führte sie in die Gepäckhalle. Die Zöllner interessierten sich besonders für Souley.

Seine zwei Koffer wurden ausgeleert, seine Kleider ausgepackt, ausgeschüttelt, durchwühlt, seine Bücher kontrolliert, Seite um Seite, sortiert . . ., einige lagen zerrissen auf dem Boden. Kaum war die Durchsuchungsaktion beendet, stellten sich zwei mürrische Polizisten mit verschlossenen Mienen vor Souley auf.

«Folge uns!»

Souley liess einen leeren Blick über die Menge schweifen, die einen Kreis um ihn gebildet hatte. Dann machte er eine ruhige Bewegung, um seine Sachen einzusammeln.

«Nein, folge uns!»

Auf der Strasse stand ein Lieferwagen. Souley stellte keine Fragen. Die Männer, die ihn umringten, konnten ihm nichts sagen. Sie hatten ihm nichts zu sagen.

Auf dem Polizeiposten empfing ihn der Kommissar mit einer Ohrfeige. Zwei Polizisten stiessen ihn in einen kleinen düsteren Raum, wo ihn drei Typen mit Peitschen in den Händen erwarteten.

Die Sitzung dauerte eine Stunde, darauf wurde Souley ins Krankenhaus gebracht.

Rokhia kam im grossen Wagen an. Ihre Tanten, die Mit-Gattinnen ihrer Mutter, erwarteten sie auf der Strasse. Mit Liedern aus alter Zeit, zu Ehren der Königinnen. Lange «you-you», «yé-yé» und «oué-oué».

«Unsere Tochter ist im Wagen des Handelsdirektors angekommen!

– Oué-oué.»

Der Vater von Rokhia kam in den Hof, um seine Tochter zu empfangen, die Nachbarn waren bereits herbeigeeilt, es war ein Gedränge.

Der Handelsdirektor war einer der mächtigsten Männer. Ohne seine Unterschrift verliess nichts das Land: weder Kakao, noch Holz, Öl, Baumwolle, Ananas, weder geräucherte noch getrocknete Fische. Nichts.

Aber der Handelsdirektor war vor allem ein Geschäftsmann. Ein halbes Dutzend Händler arbeiteten für ihn. Einer von ihnen war Sima, der Rokhia am Flughafen abgeholt hatte.

Mitten in all den «you-you» und «yé-yé» gaben einige Kommentare Rokhia zu verstehen, dass sich der Handelsdirektor für sie interessierte. Sie bekam Angst. Aber Rokhia wusste noch nicht alles.

Eines Morgens hatte ihr Cousin Sima seinem Chef eine Photo von ihr gezeigt.

«Meine Cousine, ein schönes Mädchen, sehr gebildet.»

Der Direktor hatte gesagt:

«Wenn du es fertigbringst, dass ich mich in sie verliebe, wirst du den ersten Platz in meinen geschäftlichen Angelegenheiten einnehmen . . .

– Sicher! hatte Sima geantwortet, sie wird deine dritte Frau sein, vertraue mir . . .»

Rokhia liess ihre Augen über all diese Leute schweifen, die sich im Hof bewegten. Sie stellte sich vor, in einem Spinnennetz gefangen zu sein. Ganz ruhig trat sie in die Hütte ihrer Mutter und weinte.

Der Wagen blieb die ganze Zeit über vor dem Haus stehen. Nach zwei Stunden erkundigte sich der Chauffeur, die Mütze in der Hand, nach dem Programm von Fräulein Rokhia.

Hatte sie Einkäufe zu tätigen?

– «Nein», antwortete Rokhia ihrem Cousin.

Letzterer versteifte sich.

«Warum nicht? Eine kleine Stadtrundfahrt in diesem Wagen würde dich sofort den grossen Damen des Landes gleichstellen.

– Nein, nein, nicht jetzt, ich bin müde.»

Der Cousin schaute sie verdutzt an und hob die Schultern:

«Wie du willst!»

Eine halbe Stunde später verliess Rokhia das Haus und begab sich zu den Eltern von Souley.

«Ist er mit Ihnen angekommen? fragte die Mutter von Souley. Wir haben ihn nicht gesehen.

– Sie haben ihn nicht gesehen? Wir sind zusammen gereist. Vielleicht ist er bei anderen Verwandten? Bei Freunden?

– Wer sind Sie, junges Mädchen?»

Die Stimme der Mutter war angsterfüllt. Rokhia zitterte.

«Ich bin eine Freundin von Souley. Wir haben zusammen studiert dort drüben, über den grossen Wassern.»

Die Mutter von Souley senkte den Kopf. Zwei Tränen fielen herunter. Rokhia erhob sich rasch, liess sich auf dem Bett aus Bambus neben der Alten nieder.

«Mutter, sprich. Was ist mit Souley passiert?

– Nein, ich kann es dir nicht sagen, man muss aufpassen.

– Ich beschwöre dich, sag mir, ist er in Gefahr? Jetzt ist der Moment, etwas zu tun.»

Die Mutter, den Kopf zwischen den Händen, die Ellbogen auf den Knien, erzählte, was sich auf dem Flughafen und dem Kommissariat ereignet hatte. Sie sagte, dass er im Spital sei. Dann begann sie zu schluchzen.

«Sie sind hieher gekommen, sie haben mir gesagt: *Wenn du erzählst, was wir dir gesagt haben, werden wir ihn töten!»*

Rokhia sprang auf. Aber die Mutter hielt sie am Arm zurück.

«Was wirst du tun, Mädchen?

– Wir müssen ihm helfen! Wenn wir schweigen, wenn wir nichts tun, werden sie ihm Schlechtes antun.»

Die Mutter von Souley schaute Rokhia mit tränenerfüllten Augen an, sie zögerte, sie gehen zu lassen. Sie hatte Angst. Sie hatte den Anfang der Regierungszeit erlebt, sie hatte die Männer kennengelernt, die ihren Sohn verhaftet hatten.

Rokhia bestand darauf. Die Alte wusste nicht mehr, was sie denken sollte. Sie wusste nicht mehr, was sie tun sollte. Sie liess Rokhia los, resigniert. «Gott helfe Ihnen», murmelte sie.

Rokhia ging hinaus, aufs tiefste betrübt, verwirrt. Was tun? Wirklich, was tun? Die geringste Handlung zugunsten von Souley könnte als subversive Tat angesehen werden. Die Justizbeamten hatten an alles gedacht. Also, also . . .

Die feste Entschlossenheit, mit der sie die Alte verlassen hatte, schien sich aufzulösen. Ihr Gang verlangsamte sich. Rokhia überlegte. Sie lehnte sich einen Moment gegen einen Baum. Plötzlich hatte sie eine Idee, sie rief nach einem Taxi und begab sich zum Erziehungsminister.

«Ich möchte Herrn Niclou sehen . . .», sagte sie zu einem Wächter.

Niclou hatte in Marseille studiert. Dort hatte Rokhia ihn gekannt. Sie hatten zusammen in der Revolutionären Union der afrikanischen Studenten gekämpft. Rokhia kannte die politischen Ideen von Niclou. Dieser besetzte im Moment einen hohen Posten: technischer Berater des Ministers.

Rokhia wartete in einem Empfangszimmer mit noch zwei Paaren. Es dauerte lange. Endlich erschien Niclou.

«Wie geht's, meine Liebe?»

Er drängte Rokhia in sein Büro, und Rokhia, ohne Zeit zu verlieren, erzählte in einem Zug . . .

Niclou, den Blick in die Ferne gerichtet, pflegte sorgfältig seine Fingernägel. Dann, die Hand auf Rokhias Arm, ein amüsiertes Lächeln auf den Lippen, liess er folgende Worte fallen:

«Meine Liebe, Souley ist ein Abenteurer. Was willst du? . . . die Polizei

macht ihre Arbeit. Konkret gesagt, was machen Menschen wie Souley? Was verwirklichen sie? Nichts! Nichts . . . Sie agieren, sie reden, sie schreien. Nichts als Wind. Ich, ich mache die Revolution im Büro, die richtige. Ich stelle dauerhafte Dossiers für den Minister zusammen, und das Ganze geht vorwärts. Das Land hat sich sehr verändert mit dem General, du bist erst angekommen, du weisst noch nichts. In einem Monat oder zwei wirst du völlig überzeugt sein . . . Sicher, der General hat das Parlament aufgelöst, die politischen Parteien, die Syndikate. Er hat Streiks, Versammlungen, Kundgebungen verboten, aber glaub mir, er ist ein wirklicher Demokrat, er ist gegenüber den Problemen der andern offen! Geh ihn besuchen, glaub mir . . . er wird alle deine Probleme regeln, du wirst sofort einquartiert werden, du wirst deinen Wagen haben. Bei der vergangenen Regierung hättest du mindestens sechs Monate gewartet! . . .

– Souley, ein Abenteurer? Der General vollbringt Wunder im Land? Bist du das, Niclou, der so spricht? Ich erinnere mich noch an alles, was du drüben gesagt hast, in Marseille, in Paris . . . Deine Reden, deine Predigten, deine Aktionspläne, hör mal, Niclou, wo ist dein Gedächtnis?

– Ja, ja, ich weiss, aber drüben war drüben! Wir waren weit weg. Wir waren ausserhalb der nationalen Realitäten. Was schlägst du mir vor? Auf die Strasse hinunterzugehen? Ja, ich machte es im Quartier Latin, wir waren zusammen an der Kundgebung. Schläge von Polizisten . . . manchmal ein Gummiknüttel und Tränengasbomben, vergittertes Polizeiauto, Personalienidentifizierung auf dem Posten. Nach zwei Stunden die Freiheit, und wir sprachen von der nächsten Demonstration. Hier ist es ganz anders, du träumst, Rokhia! Jene, die auf die Strassen hinuntergehen, kommen nicht mehr hinauf: Schläge mit Gewehrkolben, Schüsse, Verhaftungen, Verbannung, dann Landesverweisung und Arbeitslosigkeit . . . .

– Und? Wenn alle Kameraden auf die Strasse gingen, wenn alle Kameraden «nein» sagen würden,sie könnten nicht alle Leute verhaften!

– Aber auf wessen Seite siehst du mich? Ich bin sehr wohl da, wo ich bin, ich kenne die nationalen Realitäten. Ich erlebe sie seit vier Jahren, und ich wiederhole, dass der General ein wirklicher Demokrat ist, er macht die wahre Revolution. Deine Sprache ist mir vollkommen fremd . . .»

Sie schauten einander direkt in die Augen, dann erhob sich Niclou und zeigte mit dem Finger auf die Gebäude der Präsidentschaft.

«Der grosse ehemalige Theoretiker ist dort, der Mann der totalen Revolution, einer Revolution ohne Fehler und ohne Ende, Nalo. Er ist Berater des Präsidenten, besuche ihn; ich persönlich kann überhaupt nichts für dich tun.»

Rokhia lachte laut auf. Ein bitteres, beleidigendes Lachen. Dann erhob sie sich, durchquerte einen langen Korridor, einen Garten mit Hibiskus, Lorbeer-bäumen, Bougainvilleas, dann einen andern Korridor, der zu einem kleinen Büro führte, in dem sich ein Wächter befand.

«Ich möchte Herrn Nalo sehen.

– Sind Sie angemeldet?

– Nein, ich bin eine Freundin.»

Der Wächter warf sich schleunigst in die Brust, schlug die Absätze zusammen und verneigte sich vor Rokhia.

«Ich habe immer gesagt, dass man dies nicht tun sollte. Aber was willst du, Rokhia? Die ganze südliche Hemisphäre ist mehr und mehr von zwei Phänomenen beherrscht: von der Auflösung der Menschenrechte und von der Mittelmässigkeit der Herrschenden. Ich weiss alles, was Souley widerfahren ist, glaub mir, es macht mich krank. Aber ich kann nichts dafür. Ein Ratschlag unter Freunden, Rokhia . . . verlier keine Zeit . . . Keiner deiner Kameraden, die du in Europa gekannt hast, würde den kleinen Finger rühren. Verlass dich auf niemanden! Hier gibt es drei Kategorien von Menschen: jene wie Souley, die man mit den Füssen tritt: Klienten von Gefängnissen und Folterkammern, dann Verschleppung und Tod in der Anonymität; jene wie Nicou und ich, welche Dossiers für den General und seine Kumpanen herstellen, wir, die wir allem abgeschworen haben, alles verleugnet für eine Villa, einen Wagen, guten Wein, die Pfründe und den Rest; und dann die Feiglinge, die «nein» sagen möchten und Angst vor ihrem Schatten haben. Ich habe zwei Wahrheiten begriffen, Rokhia: Der Tyrann verdankt seine Kraft der Bestechlichkeit der einen und der Feigheit der andern; ein Mensch, der nicht für die Freiheit sterben kann, ist unwürdig, frei zu sein.»

Fortsetzung auf Seite 8

Afrika: die Dichter und die Mächtigen

«Wir haben politische Führer, die Feinde des Volkes sind. Nicht nur Feinde unserer Völker, sondern der ganzen Menschheit. Da haben die Schriftsteller gar keine andere Wahl, als in den verschiedenen ihnen zur Verfügung stehenden Medien in deutlichen Worten das Unrecht dieser ‹Führungspersönlichkeiten› offenzulegen.»

Wole Soyinka, Generalsekretär der Union of Writers of the African Peoples*

** Die Union of Writers of the African Peoples wurde 1975 in Dakar, Senegal, gegründet. Neben der Verteidigung der Rechte der afrikanischen Schriftsteller bezweckt diese Vereinigung die Verbreitung der Literatur des schwarzen Afrika. Mit Hilfe der Union soll mittelfristig ein kooperatives Verlagsunternehmen aufgebaut werden. Denn wirkliche Unabhängigkeit der afrikanischen Literatur lässt sich auf die Dauer nur durch regionale oder panafrikanische Verlagshäuser erreichen. Jedes Prozent weniger Analphabeten ist ein Prozent mehr Leser für die afrikanischen Schriftsteller – wenn die Bücher billiger und den lokalen Sprachverhältnissen angepasst werden.*

** Die Erzählung von Seydou Badian ist dem «Monde diplomatique» vom 16. September 77 entnommen.*

Seydou Badian

Der Argentinier Julio Cortázar hat im September-«konzept»* mit seiner Erzählung über die unheimlichen Machtverhältnisse in einem südamerikanischen Land gezeigt, welch wichtige und unersetzliche Rolle der Schriftsteller bei der Information einnehmen kann. Eindrücklicher als viele Analysen und Reportagen von Journalisten hat er mit seiner Geschichte «Das zweite Mal» in eine politische Situation eingeführt, die für die meisten südamerikanischen Staaten harte Realität ist.

In derselben Absicht kommt diesmal ein grosser Schriftsteller des schwarzen Afrika zur Sprache: Seydou Badian, geboren 1928 in Bamako (Mali).

Seydou Badian war zuerst Bezirksarzt in Mali, dann Minister in der Regierung von Mobido Keita bis zum Staatsstreich im November 68. Von da an bis zum Juni 75 wurde er – auch er, müsste man sagen – in Gefangenschaft gehalten. Auf die Erfahrung mit der Macht (und den dazu gehörenden internationalen Beziehungen) folgte die Erfahrung mit dem Gefängnis und den harten Bedingungen der Lager. Es wäre geschmacklos, sich über die intellektuelle und menschliche «Bereicherung» auszulassen, welche die Gefangenschaft vielen Persönlichkeiten der dritten Welt gebracht hat: zuerst während der Kolonialherrschaft und dann zur Zeit der Unabhängigkeit . . .

Seydou Badian kritisiert unerbittlich die Schwierigkeiten bei der Erlangung und Entwicklung der Unabhängigkeit nationaler afrikanischer Staaten. Er kritisiert den schleichenden Faschismus in einem afrikanischen Staat, der ihm am Herzen liegt, und greift nicht stellvertretend für die Grausamkeiten im eigenen Land das rassistische Vorster-Regime an.

*** Das September-«konzept» ist für 1.50 Franken in Briefmarken erhältlich bei der: Redaktion «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich**

Das Land des Generals

Fortsetzung von Seite 7

Nalo schwieg, nahm seine Brille ab, zog ein Nastuch heraus und wischte sich die Stirn.

«Ich werde das Risiko auf mich nehmen, Rokhia, gehen wir Souley im Krankenhaus besuchen.»

Der Chef-Wachtmeister öffnete die Türe des kleinen Zimmers. Souley schlief, den Arm im Gips, einen dicken Verband um die Brust.

Rokhia und Nalo betrachteten ihn lange. Sie weckten ihn nicht auf. Sie schlossen die Türe, drehten sich um und traten auf den Hof des Spitals.

«Ja, Rokhia, meinte Nalo, die Menschenrechte verschwinden auf der südlichen Hemisphäre, und dies nicht einmal aus Notwendigkeit für die Entwicklung. Einige Länder auf der nördlichen Hemisphäre haben den Weg des Wachstums um jeden Preis begangen, Zwangsakkumulation, autoritäre Verteilung der Arbeit und des Einkommens usw. Wir, die Söhne des Elends, können solche Normen erkennen. Aber bei uns handelt es sich überhaupt nicht darum. Unsere Chefs plündern das Land und wälzen sich in der Nutzniessung ... . Sie vergnügen sich, Rokhia, und ihr Spielzeug ist der Mensch. Weisst du, was sie sagen? *Wir haben Uran, Erdöl, einen Sitz in der Uno, in der OAU. Die Grossen sind gezwungen, mit uns rechnen zu können. Dass die Intellektuellen in den Zeitungen gegen uns schreiben – sollen sie doch! Wenn wir zehntausend Menschen erschiessen, werden uns unsere afrikanischen Nachbarn immer noch brüderlich empfangen, und unsere Beziehung in der Zusammenarbeit mit den Grossen leidet keineswegs darunter. Sartre und Simone de Beauvoir sollen schreien . . . Was können sie ausrichten?* Rokhia, es gibt einen Staat, von dem Marx nicht gesprochen hat: den Landstreicher-Staat; du wirst Gelegenheit haben, zu erfahren, was das ist . . .»

Aus dem Spital zurückgekehrt, fand Rokhia ihre Familie im Hof versammelt, alle unter dem Baum, unter dem ihr Vater seine Freunde zu empfangen pflegte. Die Mit-Gattinnen ihrer Mutter, eine ihrer Tanten und ihr Cousin Sima waren anwesend.

Der Vater, die Gebetsschnur in den Händen, ging auf und ab. Rokhia grüsste. Keiner antwortete. Sie grüsste nochmals . . . Stille.

«Warum grüsst du uns? donnerte Sima. Wo warst du? Was hast du gemacht?»

Rokhia, einen Moment bestürzt, kam wieder zu sich und drehte sich gegen Sima.

«Warum diese Fragen: wo ich war, weas ich tat?

– Habe ich nicht das Recht, dich zu fragen?

– Aber bin ich nicht frei, dorthin zu gehen, wo ich will?»

Sima hob die Arme und schrie:

«Hört ihr sie? Hört ihr sie? So antwortet sie ihrer Familie?

– Nein Sima, ich antworte dir!

– Rokhia! näselte eine Mit-Gattin ihrer Mutter, der Wagen des Handelsministers, unseres Wohltäters, ist zweimal vorbeigekommen, du warst nicht hier.

– Mutter, ich wollte ein wenig spazieren gehen, ist das schlecht?

– Sie wird ihre Familie zerstören! donnerte Sima. Sie hat es gewagt, ins Spital zu gehen, zu einem Feind unserer Regierung, einem Feind unseres Chefs, einem Feind unseres Wohltäters. Jeder Besuch war verboten, aber Rokhia ist eine Europäerin, sie setzt ihren Kopf durch. Durch ihre Handlung hat sich unsere Familie undankbar gezeigt in den Augen jener, denen wir alles verdanken. Wir werden alle unter den Folgen einer solchen Verrücktheit leiden, wir werden alles verlieren! Meine zwei Lastwagen . . . wem verdanke ich sie? Was war ich vorher? Ihr wisst es . . . Ihr seid da. Jetzt werden wir die Not kennenlernen, keine Säcke mit Reis oder Maniok, keinen Pfenning und keine Kleider mehr für die Feste. Versteht ihr?»

Sima schaute einen nach dem andern an, die Mit-Gattinnen, die Mutter von Rokhia, dann drehte er sich gegen den Vater und schwieg.

«Ich bin mit einem Kollegen gereist, er wurde am Flughafen verhaftet, auf dem Polizeiposten zusammengeschlagen und ins Krankenhaus gebracht . . . Ich glaube nicht, etwas Schlechtes getan zu haben, indem ich ihn besuchte.

– Für wen hältst du dich? höhnte eine andere Mit-Gattin ihrer Mutter. Niemand hat es für nötig befunden, Souley zu besuchen. Du wolltest uns zerstören, du hast es erreicht.

– Nein Mutter, ich wollte niemanden zerstören. Einen Kranken im Spital zu besuchen ist keine strafbare Handlung. Wenn mir dasselbe passiert wäre, dann hätte Souley mich besucht.

– Souley! Souley! kreischte Sima, sie wagt es, seinen Namen auszusprechen, hier, bei uns! Wenn man bedenkt, dass ich ihr die schönste Zukunft vorbereitet hatte: der Handelsdirektor, ein reicher Mann, mächtiger als die meisten Minister, interessierte sich für Rokhia, ich hatte alles arrangiert, und nun ist alles im Eimer. Er wird nie mehr Vertrauen haben zu mir, ich werde meine Stelle verlieren, meinen Platz neben ihm, und dein Souley wird uns nicht aus der Affäre ziehen.»

Rokhia schwieg. Dann zog sie sich zurück. Ihr Vater kam direkt auf sie zu, steif, mechanisch und schrecklich. «Unnötig zu diskutieren, deine Mutter ist in ihrer Hütte, ich habe ihr befohlen, ihre Sachen zu packen. Geht, wohin ihr wollt, ich will euch hier nicht mehr sehen!

– Aber Vater . . .»

Rokhia hatte keine Zeit, mehr zu sagen, eine Ohrfeige liess sie verstummen.

Sie entfernte sich, die Hand an der Wange, hielt einen Moment inne, dann trat sie in die Hütte ihrer Mutter.

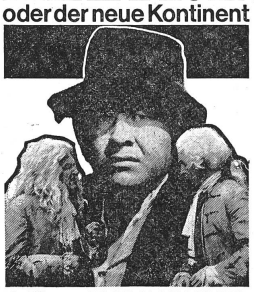
Die Mutter, das Gepäck bereitgestellt, weinte auf ihrem Bambusbett.

«Nimm mit, was du kannst, murmelte sie, geh zu meiner Familie, Gott wird entscheiden.»

Im Augenblick, als Rokhia und ihre Mutter den Hof durchquerten, schrie Sima:

«Du wirst nicht mehr Leiterin sein an der Mittelschule! Es kommt nicht in Frage, dass wir unsere Mädchen in die Obhut einer Freundin von Souley geben. Souley, der sich vor vier Jahren weigerte, für den General zu stimmen! Ich habe den Rapport des Kulturministers unserer Botschaft in Paris gesehen! Souley ist ein Feind unseres Landes. Aber, sei beruhigt, nachdem was er abgekriegt hat, wird er sich bei den nächsten Wahlen der Stimme nicht enthalten.»

ALZIRE
oder der neue Kontinent



ein Film von THOMAS KOERFER
mit
FRANÇOIS SIMON ROGER JENDLY
RÜDIGER VOGLER

- Ein Spiel über die Bitterkeit der der Macht – hier wie dort
- Ein Film über die Sehnsucht nach unserer verlorenen Wildheit
- Ein kunstvoller Widerstreit zwischen Leben und Spiel
- Eine Groteske über die Herren Rousseau und Voltaire
- Eine Geschichte für Schaulustige!

Demnächst im **KINO**

Spots

Dr. Rudolf Farner, Propagandaspezialist und Oberst, führt Krieg. Wie er vor der jungen Wirtschaftskammer Zürich sagte, befinden wir uns inmitten eines ideologischen Krieges. Es wachse eine neue Generation heran, die grossenteils während Jahren von marxistischen Lehrern erzogen, beeinflusst und gebildet worden sei. In aller Stille hätten marxistisch trainierte Experten auf die Auswahl der Stoffe in unseren Schulbüchern Einfluss gewonnen.

*

F. v. Bidder, Zentralsekretär des Schweiz. Lehrervereins, entgegnete: «Mit dieser unbegründeten Unterstellung wird Farner selbst zum Kriegshetzer. Er verallgemeinert offensichtlich mit Berechnung, damit das Bild des staatsgefährdenden Lehrers, des politischen Jugendverführers vor aller Augen steht. Der Schweiz. Lehrerverein stellt mit aller Entschiedenheit im Namen seiner Mitglieder fest, dass die Darstellung Farners bar jeder tieferen Kenntnis der Schulwirklichkeit ist.»

*

«Die Behauptungen Dr. Farners sind unwahr und müssen in aller Form zurückgewiesen werden. Die Zürcher Lehrerschaft steht auf dem Boden der Demokratie», meint Dr. Helmut Meyer, Präsident der Zürcher kantonalen Schulsynode. «Bei seinen (Farners) Ausführungen handelt es sich um eine diffamierende und wahrheitswidrige Unterstellung, die offenbar in Wirtschaftskreisen eine Pogromstimmung gegenüber der Lehrerschaft entfachen soll.»

Entwicklungsarbeit: Impulse für das Leben in der Schweiz

Ideeller Profit

Der grössere Teil der Entwicklungsarbeit, die aus der Schweiz kommt, wird von privaten Organisationen getragen, vor allem von kirchlichen. Die Frage, nach welchen Gesichtspunkten solche Arbeit zu geschehen habe, wird deshalb von den engagierten Institutionen selber beantwortet. Für die konkrete Arbeit in den betroffenen Gebieten ist aber dieser «ideologische» Hintergrund entscheidend: Wird mit dieser Arbeit eine euphorische Wachstumsideologie exportiert, verstärkt sich der Standard der Industrieländer als Muster selber? Oder gibt es Ansätze, die aus der Entwicklungsarbeit kritische Impulse gewinnen, um die «Normalitäten» in unseren Industriestaaten zu überprüfen? Wir haben Peter Braunschweig, Beauftragter der Aktion Brot für Brüder, Gelegenheit gegeben, Entwicklungsarbeit unter diesem Gesichtspunkt zu analysieren. Die Red.

Wer behaupten möchte, die Entwicklungsfragen im Ausland Interessierten und Engagierten nähmen unsere eigenen Probleme in der Schweiz zu wenig ernst, hat es immer schwerer. Seit Jahren ist deutlich, dass die Beschäftigung mit internationalen Zusammenhängen und vor allem mit der Lage in den Entwicklungsländern unweigerlich zu Rückfragen an die Verhältnisse im eigenen Land führt. Für Versuche, aus unserer Wirklichkeit zu fliehen, ist entwicklungspolitisches Engagement ein untaugliches Vehikel. Viel eher wird Entwicklungshilfe zur Denkhilfe in bezug auf Entwicklungen, die bei uns schief laufen.

Stetes Wachstum . . .

Das ist spätestens in den sechziger Jahren offensichtlich geworden. Damals setzte sich in engagierten Kreisen die Erkenntnis durch, dass Entwicklungshilfe unwirksam bleibt, wenn nicht gleichzeitig die Handelsbeziehungen zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern im Sinne von mehr Gerechtigkeit neu gestaltet werden. Die Zielvorstellung war noch weitherum unbestritten, dass die Entwicklungsländer möglichst schnell den Anschluss an den Welthandel und damit an umfassende Industrialisierung und Modernisierung finden sollten. Noch war der Glaube an unser eigenes Wachstum kaum in Frage gestellt.

Immerhin fanden in jener Zeit heftige Diskussionen darüber statt, welche Geschwindigkeit des Wachstums angemessen sei. Die einen erwarteten vom schnellen Wachstum bei uns, dass es sich auch rasch auf die Entwicklungsländer auswirke. Andere waren skeptisch und meinten, dass unser Wachstum gerade gebremst werden müsse, damit Entwicklungsländer eine Chance hätten, den Anschluss zu finden.

. . . in Frage gestellt

Radikaler wurden die Auseinandersetzungen, als die Wachstumsideologie selbst in Frage gestellt wurde. Anstösse dazu erfolgten zunächst vom Club of Rome, der darauf hinwies, dass unbegrenztes Wachstum notwendigerweise zu einer völligen Erschöpfung aller natürlichen Ressourcen führen müsse. Das Stichwort von den «Grenzen des Wachstums» ist für viele zum Signal geworden, dass nicht nur die quantitative, sondern vor allem auch die qualitative Frage gestellt werden muss. *Willy Brandt* hat in jener Zeit als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland den Begriff der Lebensqualität in die politische Debatte eingeführt. Auch mit dem von Brandt geprägten Begriff der «Weltinnenpolitik» ist angezeigt worden, dass sich die Suche nach neuen Konzeptionen und neuen Qualitäten auf die ganze Welt beziehen muss.

Die sogenannte Ölkrise des Winters 1973/74 hat dann die Krisenanfälligkeit unseres Systems vollends deutlich gemacht. Ausgerechnet den vielverachteten Arabern gelang es, die Verletzbarkeit der westlichen Zivilisation, ihrer Technologie und ihres Wirtschaftssystems aufzuzeigen. Dabei war die Verletzung eine doppelte: Nicht nur der unerwartete Rohölmangel wurde zum Problem und führte zu unerwarteten Einschränkungen, sondern die Krise bestand ja auch darin, dass die freie Marktwirtschaft des Westens das verknappte Öl sofort zum Manipulations- und Spekulationsartikel werden liess und damit die Krise künstlich verschärfte.

In dieser Zeit fand in der Schweiz die Auseinandersetzung um das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe statt. Während der Bundesrat in seinem Zusatzbericht zu diesem Gesetz die wirtschaftlichen Eigeninteressen der Schweiz betonte und der Entwicklungshilfe die Aufgabe zuwies, *«die Aufnahmefähigkeit der Entwicklungsländer für schweizerische Exportgüter und Investitionen zu erhalten und zu stärken»*, wurde im Auftrag von 13 schweizerischen Entwicklungsorganisationen und Hilfswerken ein Konzeptionsbericht unter dem Titel «Entwicklungsland Welt – Entwicklungsland Schweiz» publiziert. In diesem Bericht wird die These vertreten, dass die Unterentwicklung in der dritten Welt lediglich die Kehrseite unserer Überentwicklung sei und dass es darum gehe, die weltweite Fehlentwicklung zu erkennen und dagegen anzugehen.

Wer mit dieser These Ernst macht, kommt zur Einsicht, dass unsere forcierte Industrialisierung und aggressive Exportwirtschaft nicht nur den Entwicklungsländern schadet, weil sie dadurch als Rohstofflieferanten und Absatzmärkte missbraucht werden, sondern auch uns selbst. Denn diese Entwicklung macht uns abhängig von allem, was wir haben, und von der Angst, es zu verlieren. Die technische Zivilisation des Westens macht uns zu Haben-Menschen und versperrt den Zugang zum Sein, zu unserem eigenen Leben.

«Lebensqualität»

Entwicklungspolitisches Engagement lässt deshalb äusserst kritisch werden gegen die Vorherrschaft des Wirtschaftlichen und verhilft zur Einsicht, dass die oft beschworenen wirtschaftlichen Interessen der Schweiz gar nicht identisch sind mit den Erwartungen, Bedürfnissen und Interessen des Grossteils der Bevölkerung. Entwicklungspolitisches Engagement macht aber auch sensibel dafür, dass unsere Technologie nur in seltenen Fällen den Notwendigkeiten in Entwicklungsländern entspricht. Und die Suche nach einer den Bedürfnissen der Menschen in der dritten Welt angepassten Technik hat zur Rückfrage geführt, ob unsere Technik eigentlich uns selbst entspreche, oder ob wir nicht daran seien, uns immer mehr ihr anzupassen.

Allerdings: Der bewusste Verzicht auf eine weitere Forcierung unserer wirtschaftlich-technisch geprägten ntwicklung – soweit eine solche Drosselung rezessionsbedingt nicht schon ohnehin erfolgt ist – ruft dringend nach einer gerechteren Verteilung unseres eigenen Bruttosozialprodukts. Denn es wäre verhängnisvoll, wenn Einbussen weiterhin vor allem die zu spüren bekämen, die ohnehin zu den benachteiligten Gruppen unserer Bevölkerung gehören. Auch wäre dann die Chance verpasst, dass eine Redimensionierung unseres wirtschaftlich-technischen Betriebs nicht einfach als quantitativer Verlust beklagt würde, sondern als qualitative Neuorientierung verstanden werden könnte. So wird Entwicklungsarbeit zur Herausforderung, mehr soziale Gerechtigkeit bei uns selbst zu verwirklichen.

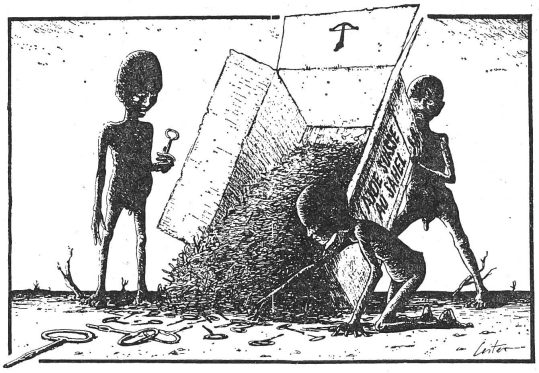
Angebot neuer Einsichten

Die Begegnung mit der dritten Welt und ihren Problemen ist aber nicht nur Herausforderung, sondern wird zum Angebot neuer Einsichten und Möglichkeiten. Das ganzheitliche Lebensverständnis asiatischer Kulturen kann uns dazu verhelfen, die Zerstückelung unseres Lebens in Bereiche und Rollen zu erkennen. Asiaten stehen ratlos vor unserer Manie, ständig die Grenzen zu ziehen zwischen privat und öffentlich, zwischen Arbeit und Freizeit, zwischen Politik und Religion. Ihr Vorbild der Ganzheitlichkeit könnte auch für uns zum Anreiz werden, das Leben als Ganzes zu verstehen und zu erleben. – Schwarzes Bewusstsein, schwarze Theologie und die Politik der Befreiungsbewegungen in Afrika geben uns ein Beispiel für das Ernstnehmen der eigenen Identität; für den Mut, sich eher auf eigene Einsicht zu verlassen als auf fremde Propaganda. – Entwicklung wird in Lateinamerika verstanden als Befreiung: Befreiung aus politischer Abhängigkeit, aber auch aus den viel subtileren Formen kultureller und wirtschaftlicher Unfreiheit.

So kann Entwicklungsarbeit zur Begegnung mit tragfähigen Motiven der Ganzheitlichkeit, der Identitätsfindung und der Befreiung werden und spürbare Impulse für die eigene Bedürfnisklärung und Lebensgestaltung abgeben.

Solches Verständnis von Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik ist anstrengend und unbequem. Es schafft Konflikte und stösst auf Widerstand, denn es stellt nicht nur eigene Lebensgewohnheiten, sondern gesellschaftliche Strukturen in Frage. Wer sich auf Entwicklungshilfe einlässt, riskiert, dass Entwicklung wirklich stattfindet: Entwicklung im Sinne von Veränderung, Erneuerung, Wandlung. Verschiedene Hilfswerke (Brot für Brüder, Fastenopfer, Swissaid) führen in den kommenden Wochen ihre Jahresaktion durch. Die kirchlichen Hilfswerke tun es bis Ostern, das heisst im Blick auf das Fest des neugewonnenen Lebens. Sie tun es unter dem Thema «eine welt zum leben» und richten damit auch Anfragen an die Kirchen selbst: Sind sie Teil dieser «welt zum leben»; wird in ihnen gelebt; sind sie selbst lebendig? Denn auch für die Kirchen gilt: Man kann nicht von Entwicklung reden und sich selbst ängstlich der eigenen Entwicklung verschliessen.

Peter Braunschweig, Beauftragter der Aktion Brot für Brüder (evangelische Landeskirche) für den Kanton Bern



Schweizerische Hilfe für die Dürregeschädigten im Sahel! (Zeichnung Martial Leiter)

Konkrete Projekte

Lebenswichtig in den Tropen: Salz

Ein fruchtbares, doch kein reiches Land, für Fremde kaum zugänglich und im Westen fast unbekannt: die Republik Burma in Südostasien. Mehrjahrespläne der staatssozialistischen Regierung fördern zwar erfolgreich Landwirtschaft, Fischfang und Waldwirtschaft. Aber das Erarbeitete wird vom Staat meist gleich wieder investiert, so dass vor allem die Bauern in äusserst dürftigen Verhältnissen leben müssen. Mit Hilfe eines einheimischen Pfarrers (2% sind Christen) gelang es jetzt einigen Gemeinden, eine gemeinsame Salzgewinnung aus Meerwasser zu planen, die zugleich neue Arbeitsplätze schafft. Als Startkapital für Landerwerb, Dammbau und Pumpen sind 25 000 Franken nötig. Knapp die Hälfte davon wird an Ort und Stelle aufgebracht. An die Restfinanzierung möchte 1978 Brot für Brüder über das HEKS und den Ökumenischen Rat 9050 Franken leisten.

Tourismus und Entwicklung

Mehrere hundert Millionen Franken Umsatz im Fernreisegeschäft, Hunderttausende als Touristen in Bangkok oder Nairobi: Hier soll ein beauftragter Fachmann Wege suchen zu verbesserter Schulung der Reiseleiter, zu sachgemässer Information der Touristen und zu alternativen Reiseangeboten. Getragen wird das (befristete) Projekt von der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für Brüder/Helvetas, der Erklärung von Bern und einer Reihe weiterer interessierter Gruppen (z. B. Audiatur). Die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe unterstützt das Vorhaben finanziell 7500 Fr.

Stopp der Zusammenarbeit Schweiz–Südafrika

Südafrikas Wirtschaft im internationalen Zusammenhang und die Rolle der Schweiz

Es sprechen:

Ruth First; als aktive Widerstandskämpferin wurde sie gezwungen, aus Südafrika auszuwandern und lebt heute im Exil in England, wo sie aktiv in der Anti-Apartheid-Bewegung tätig ist. R. First ist Mitautorin des Buches «The South African Connection – Western Investment In Apartheid». Sie ist Spezialistin auf dem Gebiet der Verflechtung westlicher Industrieländer mit dem südafrikanischen Regime;

Al Imfeld; Südafrika- und 3.-Welt-Kenner, Mitarbeiter des «Informationsdienstes 3. Welt» und des «Gottlieb-Duttweiler-Institutes».

Mittwoch, den 15. März, 20.00 Uhr, Volkshaus Zürich, Weisser Saal.

Unsere Abonnenten sind unsere Stärke. Könnten Sie nicht auch etwas für unsere Stärkung tun? Na also . . . Und: besten Dank!

SHK, VSS und VSM zur Mediziner-Voranmelde-Aktion

Selbstselektion statt offener NC

Die Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK) hat auch dieses Jahr Voranmeldungsformulare für das Medizinstudium an die Gymnasiasten verschickt. In einem Begleitbrief beschreibt die SHK die düstere Situation im Medizinstudium. Die Absicht ist klar: Mit dieser Abschreckungskampagne sollen möglichst vielen Gymnasiasten die Aufnahme des Medizinstudiums vergällt werden, damit auch dieses Jahr keine offene Zulassungsbeschränkungen eingeführt werden müssen. Also Selbstselektion statt offener Numerus clausus . . . Dazu eine Stellungnahme des Verbandes Schweizerischer Studentenschaften (VSS) und des Verbandes Schweizerischer Medizinstudenten (VSM) Red.

SHK: Das hierzulande unbestrittene Grundrecht der freien Studien- und Berufswahl führt dazu, dass unsere weiterbildenden Schulen (u. a. die Gymnasien und die Hochschulen) prinzipiell auf Grund der individuellen Nachfrage Berechtigter nach Bildungsplätzen ausgebaut werden müssen. Für die Hochschulen heisst das, dass die mutmassliche Zahl der Maturanden (matur = hochschulreif) massgebend ist für die bereitzustellende Zahl der Studienplätze. In konsequenter Fortführung dieser Vorstellung bekennen sich die gesamtschweizerischen hochschulpolitischen Organe zur Auffassung, allfällige Hochschulzulassungsbeschränkungen dürften höchstens infolge unüberwindlicher Kapazitätsengpässe, nicht aber infolge der Überschreitung eines wirklichen oder hypothetischen Akademikerbedarfs eingeführt werden.

«Engpässe» basieren auf politischen Entscheiden

VSS/VSM: Dass die SHK, mit ihr auch andere bildungspolitische Gremien, am Grundsatz – Zulassungsbeschränkungen nur aufgrund von Kapazitätsengpässen und nicht aufgrund von Bedarfsprognosen einzuführen – immer noch festhält, erscheint auch uns in der gegenwärtigen Situation sinnvoll. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass gerade bei der offiziellen Kapazitätsfestlegung (Beschluss der kant. Regierung auf Antrag der Fakultäten) verschiedene statistisch nicht objektivierbare Momente, u. a. auch die Bedarfsprognosen, eine wichtige Rolle spielen. Letztlich ist die Kapazitätsfestlegung immer noch ein politischer Entscheid. Dies wird sich in naher Zukunft nicht ändern, da keine brauchbaren Berechnungsmodelle vorliegen.

«Numerus fixus» . . .

SHK: Mit dem heutigen Platzangebot sind die schweizerischen Universitäten an der obersten Grenze ihrer Möglichkeiten angelangt. Sorgen um die Qualität der Ausbildung und um zu grosse Beanspruchung der Patienten, aber auch die finanziellen Engpässe – ein Klinikstudent kostet die öffentliche Hand rund 50 000 Fr. pro Jahr – führen dazu, dass diese Klinikkapazität nicht mehr gesteigert werden kann. Man spricht in einem solchen Fall von einem sogenannten «Numerus fixus». Er hätte in dem Augenblick Zulassungsbeschränkungen zur Folge, in dem die Nachfrage nach Studienplätzen der Humanmedizin höher würde (mehr als 1092 Studienanfänger bzw. 850 Kliniker).

Nun lassen das Ergebnis der Voranmeldungsaktionen sowie die Zahl der Erstimmatrikulationen der letzten Zeit die Befürchtungen aufkommen, dass im laufenden Jahr die Nachfrage nach Studienplätzen der Humanmedizin tatsächlich noch weiter zunimmt. In diesem Augenblick wäre demnach die Einführung eines gesamtschweizerischen Numerus clausus in der Medizin nicht mehr zu umgehen. Da diese schwerwiegende Massnahme vermieden werden sollte, appellieren wir an Sie, uns zu helfen, die Nachfrage nach Studienplätzen in der Medizin (Human- und Veterinär-, aber, in geringerem Masse, auch Zahnmedizin) zu verringern. Kurzum, wer sich 1978 noch entscheidet, Medizin zu studieren, muss mit grössten Schwierigkeiten und auch Unnannehmlichkeiten rechnen; er muss in hohem Masse motiviert sein, um diese auf sich zu nehmen.

. . . als Folge verschleppter Reformen

VSS/VSM: Es trifft zu, dass die Studienverhältnisse zumindest auf einigen Universitäten nicht optimal sind. Da die Reform (Experimentale Phase, Rossi-Plan, seit 1972) an den einzelnen Fakultäten verschieden weit und verschieden gut vorankam, bestehen heute einerseits grosse Unterschiede zwischen den Fakultäten, andererseits brachte es der lahmende Reformwille einzelner Fakultäten mit sich, dass Strukturprobleme wie Einbezug neuer Spitäler in die Ausbildung, neue Unterrichtsmethoden u. a. m.) nicht gleichzeitig mit der Einführung der Reform gelöst wurden. Es bleibt zu hoffen, dass dies nachgeholt wird und sich damit die Studiensituation verbessert. So gesehen muss gesagt werden, dass die (immerhin erträglichen) Unannehmlichkeiten – abgesehen vom Prüfungsdruck – Folge ebendieser genannten Probleme sind und nicht nur direkte Folge der grösseren Studentenzahlen. Was Umleitungs- und Zuteilungsaktionen betrifft, wird diese wohl jeder – als Alternative zur Nichtzulassung – in Kauf zu nehmen bereit sein. Für die Fragen des Platzangebotes, die Einführung eines Numerus fixus = offizielle Kapazitätsfestlegung auf längere Sicht gelten die vorne gemachten Überlegungen.

Die Lösung des Assistenten-Problems . . .

SHK: Die Engpass-Situation im Bereich der Postgraduate-Weiterbildung für Assistenz- und Oberärzte wird in den nächsten fünf bis zehn Jahren noch weit gravierender sein als auf der Stufe der propädeutischen und der klinischen Semester. Zwar sind die zuständigen Instanzen im Begriff, die Weiterbildungsordnung der Verbindung der Schweizer Ärzte (zum Arzt für Allgemeine Medizin FMH und zum Spezialarzt FMH) zu modifizieren, sie im besonderen auf eine breitere Basis abzustützen (Mitsprache der Fakultäten, der Behörden und der Spitalträger) und gegebenenfalls auch die Dauer dieser Phase zu beschränken.

Von diesen Massnahmen darf aber nicht erwartet werden, sie vermöchten mehr zu erreichen, als die grossen Schwierigkeiten etwas zu mildern. Zu der quantitativen stösst in der Tat eine nicht zu unterschätzende qualitative Problematik. Die grössere Zahl der Assistenzärzte steht einer gewandelten und sich weiter wandelnden Hospitalisierungspraxis gegenüber. Zwar steigt die Hospitalisationsquote derzeit noch weiterhin an, aber die Hospitalisationsdauer nimmt in bedeutender Weise ab. Dazu kommt, dass die sog. Spitzenmedizin eher zurückgedrängt wird zugunsten «alltäglicher» Fälle (in steigendem Mass Chronischkranke und Geriatrie). Diese Entwicklung wird sich auf die zukünftige Tätigkeit der Assistenzärzte auswirken, sowohl hinsichtlich der Weiterbildung als auch hinsichtlich der Berufsausübung. Es kann also auch in Zukunft nicht unbedingt mit einer genügenden Zahl von Assistentenstellen gerechnet werden, und viele davon dürften weit weniger attraktiv sein, als sich das vielleicht heute ein Maturand oder sogar ein Medizinstudent vorstellt.

...bedingt mehr als eine Verdoppelung der Plätze

VSS/VSM: In der Tat erscheint die Engpasssituation rein rechnerisch erschreckend. Alle Interessierten sind sich aber einig, dass gerade in diesem Bereich grundlegende Reformen dringend vonnöten sind. Die Schaffung der fehlenden Assistenzplätze ist möglich und muss möglich sein. Es sei darauf hingewiesen,

- *dass die durchschnittliche Arbeitszeit der Assistenzärzte in der Schweiz immer noch um die 66 Stunden pro Woche beträgt,*
- *dass die durchschnittliche Ausbildungszeit über 10 Jahre beträgt (bei vorgeschriebener Zeit von 5 resp. 7 Jahren),*
- *dass zudem wichtige Sektoren der medizinischen Versorgung – die Primärmedizin (allg. Prakt.), die Sekundärmedizin (kleinere Regionalspitäler) – nicht oder ungenügend in die Ausbildung einbezogen sind,*
- *dass Auslandaufenthalte als Assistenzarzt von der FMH bislang nur beschränkt anerkannt werden.*

Eine echte Verbesserung dieser Zustände könnte – immer rein rechnerisch – eine Verdoppelung des Platzangebotes bedeuten.

Richtigerweise bemerkt die SHK, dass (durch die eben geforderten Reformen) die «Spitzenmedizin eher zurückgedrängt wird zugunsten alltäglicher Fälle». Falsch ist unseres Erachtens jedoch die Folgerung, dass dies mit einem Attraktivitätsverlust resp. einer Qualitätseinbusse verbunden sei. Vielmehr sind gerade die Beschäftigung mit «alltäglichen Fällen», eine normale Arbeitszeit – die noch Zeit zum Selbststudium übrigässt – sowie übersichtliche Curricula Voraussetzung für eine gute und sinnvolle Ausbildung zum Allgemeinpraktiker. VSS/VSM

Erschienen(!):

Inhalts- und Autorenverzeichnis (1972–1977)

Subskriptionspreis nicht mehr gültig! Preis jetzt ***6 Fr.***

Viele Artikel des «konzept» haben ihre Bedeutung bis heute noch nicht verloren, und die meisten markieren die wichtigsten sozialen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre in der Schweiz. Deshalb gibt es viele Leute, die «das konzept» als Hilfsmittel für ihre soziale, politische oder historische Arbeit brauchen. Um Artikel und Autoren leichter zu finden, haben wir dieses Verzeichnis hergestellt: Sie finden in kürzester Zeit alle Artikel, welche z. B. Niklaus Meienberg für «das konzept» verfasst hat; ebenso ersieht man leicht, was wir z. B. zum Thema «Psychiatrie» veröffentlicht haben.

Sie erhalten das Verzeichnis mit untenstehendem Talon (gegen 6 Fr. in Briefmarken) oder durch Voreinzahlung auf unser Postscheckkonto 80-37626, Vermerk «Verzeichnis».

Ich bestelle . . . «konzept»-Inhaltsverzeichnis(se).
(Beiliegend 6 Fr. in Briefmarken pro Verzeichnis)

Name:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

Zur Perspektive der organisierten Studentenbewegung

Angriffe abwehren

«Wohin steuert die schweizerische Studentenbewegung?» Zu dieser Frage veranstaltete der Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) im Februar in Bern ein Seminar mit ungefähr 50 Teilnehmern. Ausgangspunkt zu diesem Seminar waren die zunehmenden Angriffe auf die verfassten Studentenschaften, damit auf die Zwangskörperschaft und die Autonomie der studentischen Interessenvertretungsorgane in Zeiten sich verschärfender politischer Auseinandersetzungen.

Beeinträchtigt ist heute unter anderem die Finanzierung studentischer Interessenvertretung infolge sich veränderter Mitgliederzahlen und Mitgliedschaftsverhältnisse, dies sowohl auf kantonaler wie indirekt auch auf nationaler Ebene. Den zweiten Ausgangspunkt bildete die veränderte bildungs- und allgemeinpolitische Landschaft, nicht zuletzt ein Resultat der gegenwärtigen Krise, die vorderhand grundsätzliche Reformbemühungen für die Demokratisierung unseres Bildungswesens angesichts der Schwäche der fortschrittlichen Kräfte in der Schweiz in eher utopische Bereiche verweist und dem Bürgertum weitgehend Handhabe zur Einleitung eines Entdemokratisierungsprozesses gibt.

VSS Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

Speziell stellt sich die Situation der Studentenbewegung in der Westschweiz dar, wo seit Ende der 60er Jahre die Ausnahme der *Agepoly* (ETH Lausanne) und teilweise an der Universität Fribourg nur noch eine rudimentäre oder gar keine studentische Interessenvertretung mehr betrieben wurde, so dass ebenfalls die nationale Interessenvertretung der Westschweizer Studenten in hohem Masse litt und heute noch leidet.

Studentische Interessenvertretung . . .

Das Seminar wurde eingeleitet mit einem Grundsatzreferat des VSS-Vorstands und, weil ja bekanntlich in den westeuropäischen nationalen Studentenverbänden sich die Probleme ähnlich stellen, mit Ausführungen der zu diesem Anlass eingeladenen Gäste der *Union Nationale des Etudiants de France (UNEF)* und der *Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS)*. Zu diesen äusserst interessanten Beiträgen der Gäste gilt es schwerpunktmässig festzuhalten: In Frankreich hat man Zwangskörperschaften nie gekannt, die *UNEF* basiert somit auf freiwilliger Mitgliedschaft, und sie versteht sich entsprechend als Studentengewerkschaft. Nach langjährigen Erfahrungen mit der Spaltung der französischen Studentenbewegung in mehrere Nationalverbände (bis vor zwei bis drei Jahren) legt die *UNEF* starkes Gewicht auf die Verhinderung einer erneuten Spaltung. Unabhängig von ideologischen Differenzen steht deshalb für sie die *Verteidigung der unmittelbaren studentischen Interessen* absolut im Vordergrund, parteipolitisch gebundene Stellungnahmen und ideologische Auseinandersetzungen innerhalb der *UNEF* versucht man strikte zu vermeiden. Diese Grundkonzeption und die stark entwikkelte Arbeiterbewegung in Frankreich erlauben ebenfalls eine gute Zusammenarbeit zwischen der *UNEF* und den *Gewerkschaften.*

In der Bundesrepublik, wo die Strukturen der Studentenbewegung kaum von unsern abweichen, verteidigt man mit aller Vehemenz die verfassten Studentenschaften in der bisherigen Form, denen mit dem verabschiedeten Hochschulrahmengesetz (HRG) und seiner Adaption durch die Länder der Garaus gemacht werden soll. Die kompromisslose Bekämpfung der behördlichen Angriffe auf die verfassten Studentenschaften impliziert die weitgehende Ausklammerung der Diskussion um freiwillige Strukturen. Diese werden heute als Notlösung und ihre Perpetuierung wird als Niederlage der Studentenbewegung verstanden.

. . . verfasste Studentenschaften

Anschliessend tagten drei Arbeitsgruppen zu den Problemkomplexen *verfasste Studentenschaft in der Krise, Perspektive des VSS* und *Frage der nationalen Interessenvertretung der Westschweizer Studenten.* Grundlagen zur Diskussion bildeten die von den politischen Gruppierungen und den Sektionen eingereichten Vernehmlassungen wie eine vom VSS zusammengestellte Geschichte des VSS und das erwähnte Grundsatzreferat.

Da die endgültige Auswertung des Seminars erst noch vorgenommen werden muss, sei hier nur ein genereller Überblick gegeben.

Seit Jahren war es wohl das erste Mal, dass so grundsätzlich in einem organisierten Rahmen an die Probleme der Studentenbewegung in der Schweiz herangegangen wurde. Dementsprechend konnten denn auch keine spektakulären oder gar abschliessenden Ergebnisse erwartet werden. Der Verlauf der Diskussionen zeigte dies denn auch recht deutlich. Es wurde eine Vielzahl von Problemen angeschnitten, doch fehlten oft die präzisen Grundlagen, um endgültige Einschätzungen vornehmen zu können. Der eigentliche Sinn und Wert des Seminars lag also eher in einem organisierten Erfahrungsaustausch und dem Festhalten von noch weiter abzuklärenden Fragen, bei denen man teilweise eine Prioritätensetzung vornahm.

Festhalten kann man aber bereits zu diesem Zeitpunkt folgendes: *Die verfasste Studentenschaft mit obligatorischer Mitgliedschaft wird bei entsprechender Autonomie von allen als optimale Form der studentischen Interessenvertretung anerkannt.* Diese Option wird allerdings verkompliziert durch die Tatsache, dass de facto heute nur noch in Bern, Fribourg und an der ETH Lausanne Zwangskörperschaften bestehen. Da die Formen der studentischen Interessenvertretungsorgane heute weitgehend nicht vom Willen der Studenten, sondern von Eingriffen der Behörden abhängen, verlagerte sich die Diskussion bald auf die inhaltlichen Punkte studentischer Interessenvertretungspolitik: *Welches sind die heute zu verteidigenden studentischen Interessen?* Gefordert wurde in diesem Zusammenhang eine politische Plattform oder ein politisches Programm, das dann gleichzeitig die Grundlagen für eine möglichst breite Bündnispolitik liefern würde und so zur Sammlung aller fortschrittlichen Kräfte unter Hintanstellen der ideologischen Differenzen dienen könnte.

Die allseitige Einsicht in die Notwendigkeit eines solchen Programms war denn auch das Hauptresultat des Seminars und verweist auf die nun weiter einzuleitenden Schritte des VSS. Es müsste garantiert werden, dass die einmal begonnene Diskussion nicht abbricht, sondern kontinuierlich weitergeführt wird. Gelingt dies, so hat das Seminar seine Funktion in dieser speziellen Situation erfüllt, andernfalls könnte die Studentenbewegung insgesamt mittel- und langfristig den an sie gestellten Aufgaben qualitativ nicht gerecht werden, und ihre Einheit wäre gefährdet.

Urs Hänsenberger

Wie sich die Studenten an der Universität Zürich organisieren

Gilgen zwingt Studenten auf die Strasse

***red.* In der Politik an der Universität Zürich machen die Studenten immer weniger, die Behörden aber je länger, je mehr von sich reden: Die Regierungspolitiker sind es auch, die über die Zukunft der offiziellen Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ) bestimmen. Auf Ende Sommersemester 78 soll die jetzige SUZ aufgelöst werden. Die Herren Politiker wollen bis dann ein öffentlichrechtliches Modell ausarbeiten, in dem sich die Studenten – nun freiwillig – organisieren können.**

Eine einheitlich organisierte, leicht kontrollier- und disziplinierbare Studentenschaft – das dürfte nach Erziehungsdirektor Gilgen sogar eine Zwangskörperschaft sein – ist ganz nach Wunsch der Behörden. Deshalb verbietet die Hochschulkommission (Vorsitz: Gilgen) vorsorglich, auf Beginn des nächsten Semesters hin, dass für irgendeine studentische Organisation auf dem Universitätsgelände Geld eingezogen wird. Die SUZ-Gelder müssen also an der Kasse eingezogen werden, was für die einzahlenden Studenten sehr bequem ist, für die Studentenpolitiker aber weniger: Sie müssen ihr – ausgeglichenes – Budget vom Rektorat genehmigen lassen. Es ist aber nicht nur untersagt, auf Uni-Terrain Geld einzuziehen, sondern auch Kampagnen für die finanzielle Unterstützung der Studentenorganisationen – inklusive der (offiziellen!) SUZ – zu starten. Die Finanzautonomie der Zürcher Studenten wird also beschnitten, noch bevor sie entstehen kann . . .

Dies richtet sich vor allem gegen den neugegründeten Verband der Studierenden an der Universität Zürich VSUZ, zu dieser privatrechtlichen Lösung entschlossen sich die linken politischen Gruppierungen, Marxistischer Studentenverband MSV, POCH, Bresche-Hochschulgruppe (RML), und die Sozialistische Hochschulgruppe, in enger Zusammenarbeit mit den Fachschaften. Und zwar weil sie zur Ansicht gelangten, dass die immer einschneidenderen Massnahmen der Aufsichtsbehörden den Handlungsraum der SUZ zu stark einschränkten. Bei so durchgehender Bevormundung, fanden sie, werde die Studentenpolitik zur blossen Sandkastenübung.

Im nächsten Semester werden also die Studenten an der Universität Zürich sowohl von der SUZ als auch vom VSUZ zur Kasse gebeten. Bei der SUZ wird es, wie erwähnt, die Universitätskasse sein; der VSUZ wird seine Beiträge «auf offener Strasse» einziehen.

An den Wandzeitungen, im «zürcher student» und diversen Flugblättern wird man Anfang Semester bestimmt Näheres über Interessengemeinsamkeit und -gegensätze der beiden studentischen Organisationen SUZ und VSUZ erfahren. Auch im April-«konzept» (Erscheinungsdatum: 18. April) werden wir ausführlicher über die Situation an der Uni Zürich berichten.

(Übrigens: das nächste «konzept» kommt bestimmt! Vgl. dazu das Redaktionelle auf S. 2)

Kantonsparlament gegen Finanzautonomie für Studentenschaft:

Gegängelte Berner Studenten

Von unserem Berner Korrespondenten Fredi Hänni

Im Berner Kantonsparlament hat der reaktionäre Bürgerblock einen vorsichtigen Vorstoss zur Lockerung des Gängelbandes, an dem die Studentenschaft seit 1973 zu gehen gezwungen ist, zu Fall gebracht. In Bern gibt's zwar weiterhin die anderswo entzogene Zwangskörperschaft; dafür dürfen die demokratisch legitimierten Studentenvertreter aber nicht einmal über die Verwendung der studentischen Gelder bestimmen.

Mit grossem Mehr hatten sich die mehrheitlich links wählenden Berner Studenten im letzten Jahr in einer Abstimmung für die Wiedererlangung der Finanzautonomie ausgesprochen. Die Vorlage war nur von ganz rechts bekämpft worden. Trotzdem lehnte der Grosse Rat jetzt einen Vorstoss von SP-Seite – er trug über 60 Unterschriften – mit 75:73 knapp ab. Nicht einmal als harmloses Postulat hatte das Begehren bei der konservativen SVP-Fraktion (im Volksmund: «Di grüeni Wand»), aber auch bei rechten Mitläufern aus der FDP Gnade gefunden. Dabei hatte die nicht eben für eine fortschrittliche Politik bekannte Regierung die Motion zur Annahme empfohlen – allerdings mit der perfiden Einschränkung, dass man dann auch gleich die Zwangskörperschaft aufheben wolle!

Im Parlament wurde von bürgerlicher Seite sehr viel polemisiert, ja die von den Studenten gewählten Vertreter wurden verunglimpft, indem sich der SVP-Sprecher nicht davor scheute, zwischen «arbeitenden» und «politisierenden» Studenten zu unterscheiden. Ausser dem SP-Motionär schlug sich auch der einzige POCH-Vertreter für die Interessen der Studenten in die Bresche.

Bevormundung institutionalisiert

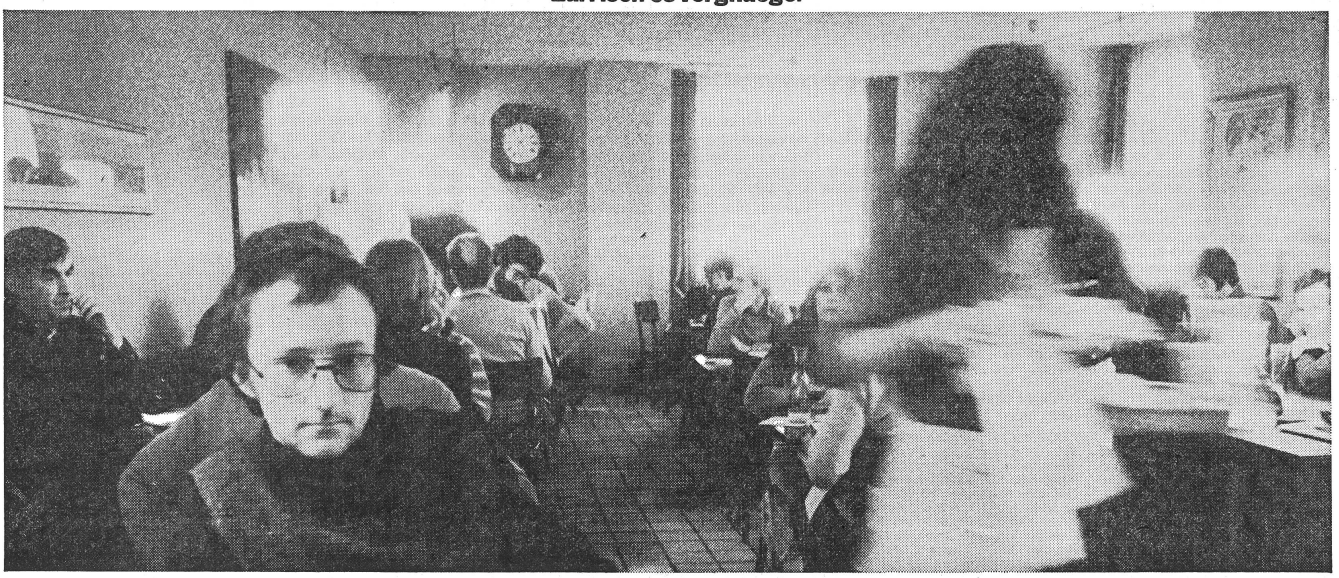
Früher als an anderen schweizerischen Universitäten wurde in Bern die Bevormundung der Studentenvertreter institutionalisiert. Nach dem sogenannten Hirschy-Krawall im Frühjahr 1973 regte sich der Widerstand gegen die bis anhin forsche linke Politik aus der reaktionären (und finanzkräftigen) Ecke. Die Regierung handelte rasch und entzog der Studentenschaft der Universität Bern (SUB) kurzerhand auf dem Verordnungsweg die Kompetenz, über die von allen Studierenden einbezahlten Gelder selber verfügen zu dürfen. In der neugegründeten «Kasse für studentische Zwecke» erhielt die SUB von 7 nur gerade 2 Sitze. Sie sind bis heute leer geblieben.

«konzept» = «vorwärts»?

Bei der Auseinandersetzung um die Finanzautonomie spielte übrigens auch «das konzept» eine grosse Rolle. Wörtlich schrieb die zuständige Erziehungsdirektion in einer Beschwerdeantwort – die SUB-Beschwerde gegen den Entzug der Finanzautonomie wurde natürlich von der Obrigkeit abgelehnt – vom Juli 1976: «Nur am Rande sei vermerkt, dass die Zeitung ausserdem politisch nicht neutral ist. Dem Inhalt nach wäre sie etwa mit dem ‹Vorwärts› zu vergleichen.» Wohlan!

Die gegenwärtige SUB-Politik wird von der bürgerlichen Seite ebenfalls als «nicht neutral» (?) bezeichnet. Erinnern wir uns: In den Jahren 1956/57 organisierte die SUB in der Ungarn-Euphorie massenhaft Aktionen (bis hin zum Basteln von Molotow-Cocktails). Einige heutige «Volksvertreter» im Berner Grossen Rat sind damals sogar dabeigewesen . . . Und noch etwas: Im April wählen die Berner ein neues Kantonsparlament. Dem Berner Bürgertum, das mehrheitlich auch die 9. AHV-Revision bekämpft hat (Nein-Parolen von SVP und FDP), gehört ohnehin ein Denkzettel verpasst.

Züri isch es Vergnüege.



Zürich hat jetzt eine Abendzeitung.

Sie erscheint jeden Freitagmorgen.

Sogenannte «Abendzeitungen» erscheinen normalerweise am Abend, berichten aber über das, was am Morgen geschehen ist.

Bei unserer Abendzeitung ist es umgekehrt: Sie erscheint an einem Morgen und berichtet über das, was am Abend geschieht. Und nicht etwa über das, was am gleichen Abend geschieht, sondern über Dinge, die sich erst an den Abenden der folgenden Woche ereignen. Hellseherei?

Die Zeitung, die so viel über die Zukunft weiss, ist das neue «Wochen-Programm» des Tages-Anzeigers. Gemacht für Leute in und um Zürich, für die der Abend aus etwas anderem besteht, als in die Pantoffeln zu schlüpfen und müde zu sein.

Für Leute wie Sie, die noch Lust zum Ausgehen verspüren. Und die über Filme, Theateraufführungen, Opern, Sinfoniekonzerte, Jazz-Sessions oder Kunstausstellungen mehr wissen wollen, als dass sie stattfinden.

Das einmalige an Zürichs neuer Abendzeitung ist freilich, dass man sie immer zusammen mit einer echten Morgenzeitung, dem Tages-Anzeiger, bekommt. Und den bekommen Sie nicht nur am Freitag, sondern sechsmal in der Woche. Mit Informationen über die grosse und die kleine Politik, die Wirtschaft, die Kultur, den Sport. Und mit seinen Begleitern, dem grossen Stellen-Anzeiger am Dienstag und am Donnerstag und dem anspruchsvollen Magazin am Samstag.

Und noch etwas bekommen Sie, nur Sie: 30% Studentenrabatt.

COUPON

30% Studentenrabatt.

☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger, diese Morgen- und Abendzeitung, kennenlernen. Vorerst 2 Wochen lang gratis.

☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. Die ersten 2 Wochen sind gratis.

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

☐ monatlich Fr. 6.85 ☐ halbjährlich Fr. 38.90

☐ vierteljährlich Fr. 19.65 ☐ jährlich Fr. 77.–

Name

Strasse

PLZ, Ort

Fakultät 7411

Semester

Bitte ausschneiden und senden an: Tages-Anzeiger, Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich

WDW